

Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 3. Februar 1928

Nummer 5

Inhaltsverzeichnis

Unzulängliche Inderberechnung	Dr. G. Albrecht
Internationale Erhebung über wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden	Dr. Pa.
Wirtschaftsbeihilfe, Nachtstundentag und Lohnausgleich in Baden	* * *
Hygiene und Natürlichkeit der Kleidung	M. Hartig
Otto, der König	* * *
Die Versorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter gesichert .	Sch.
Die Eisene Ferkel IV (Schluß)	Jack London
Theaterarbeiter • Arbeitsgerichte • Reichs- und Staatsarbeiter • Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Briefkasten • Technik und Wirtschaft	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 36, Schlessische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Zigaretten

ein feiner Genuss

Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeitersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEREIN

Halb verschenkt! Bei 190 cm Deckenlänge kostet 1 m nur 2,50 bis 4 Mk. Das prakt. Geschenk für Geburtstag, Weihnacht, Hochzeit, Wandervogel, bleibt eine federweiche, imit., ca. 2 u. 3 Pfd. schwere

Kamelhaardecke

4,80 u. 7,70 Mk. ohne Nachnahme. Sammelbestell. 10% Rab. Stand u. Dienstst. angeb. Im Sommer weg mit den lästigen Federbetten, die direkt eine Bruststätt von Krankheiten sind. **Dafür eine K-Decke.** Mehrere 100000 im Gebrauch.

Oskar Berndt, Seiffhemsdorf 7/Sa.
Gegr. 1900. Geführt eingetr. Firma.



Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschliffene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1.00, halbweiße, flaumige 1.20 u. 1.40; weiße, flaumige geschliffene 1.20 u. 2.20; 2.20 u. 3.20; 3.20; feinste, geschliffene Halbflaum-Herrschafsfedern 3.20, 5.20, 6.20; Rupffedern, ungeschliffene mit Flaum gemengt halbweiße 1.20, 2.20, weiße 2.20, 3.20; allerfeinste Flaumrüpfe 3.20, 5.20, 6.20. Versand jeder beliebigen Menge portofrei gegen Nachnahme von 10 Pfd. an franco. Umtausch gestattet od. Geld zurück. Muster u. Preisliste kostenlos. S. Denisch in Prag XII, Amerlfaf. Nr. 26/56, Böhmen.

Lest die Urania

Raucht **GARBÁTY** Baccarat

5

1a Molkereibutter tägl. frisch in 1/2 u. 1/2 Pfd.-Stück od. in Block
1a Emmentaler vollfett
1a Emmentaler ohne Rinde
1a Stangenlimburger 20%
1a Alp.-Rahmkäse 50%
1a Alp.-Rahmkäse 50%
1a Lamembert 50%
Versend. in Postpaket netto 9 Pfd. Inhalt frei Haus zum jeweiligen billigsten Tagespreise gegen Nachnahme
F. Schneider Butter- u. Käsefabrik Mandelheim, Allg. B. 111

Blumenspenden

jed. Art. lief. frei Haus preiswert an Partei- u. Gewerksch.-Genoss.

Paul Golletz
Berlin, Mariannenstr. 3
Amt Moritzplatz 10303

Heimarbeitsvergißt

P. Holfter, Breslau Hb.

Sprechmaschinen

von 12 Mark an in la Qualität

auch gegen bequeme Raten. Alle sonstigen Musikinstrum. Nürnberger Spielwaren. Katalog kostenlos. „Mannibal“ Ges. Halle S. 111

6 Monatsraten

bewilligen wir Beamten u. langjährigen Angestellten. **Schuhe aller Art** Preisliste Nr. 203 gratis. Offert. A. Stein & Co. Nürnberg, Rennweg 1

Wir liefern überall hin. nns. erstklass. Mandol., Laut., Gitar., Violinen Sprechapparate, Platt., Bandonions, Zithern, Harmonikas, Uhren, Photo-Apparate.

5 Tage zur Probe mit bedingungslos. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen gegen be-**1-**queme Wochenrat von nur M. 1.— an

Illustrierter Katalog A gratis u. frei

Walter H. Gartz, Postf. 844 A Berlin S 42
Alexandrinenstr. 97
Zweigniederl.: Köln, Friesenplatz 16. 8-7.

SIGURD-FAHRRÄDER

auch gegen TEILZAHLUNG

GARANTIE-RAD mit 68-SPEZIAL-RAD 44

Katalog gratis von der **SIGURD-GESELLSCHAFT, FAHRRAD-ABT. KASSEL 107**

Reellste Bezugsquelle: Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerüpft mit voll. Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2,50, dies. beste Qualität 3,50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5,00, 1/2 Daunen 6,75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la. Volldaunen 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänsem. Gegr. 1852. Neutrebbin 3b (Oderbr.)

Billigste u. reellste neuen Gänsefedern

Bezugsquelle in wie von der Gans gerüpft mit vollen Daunen Pfd. 3,00, dieselben doppelt gerissen 3,50, kleine Federn Halbdaunen 5,00, sehr zarte 6,00, dreiviertel Daun. 6,50, gerüpfte, gerissene Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la. Volldaun. 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nichtgew. auf meine Kosten zurück. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung

Rudolf Gielisch, Gänsemaschin. geg. 1852, Neu-Trebbin 3, Oderbruch

Alpaca-Silber-Bestecke

Garantie für beste Qualität — liefern wir direkt an Private, 6 Monate Ziel — 8 Tage zur Ansicht. Fordern Sie unsere Preisliste. **E. u. H. Kramer, Mettmann, Rhld. 5**

Käse portofrei ins Haus!

Kugelhäse, Edamer, nur Form, 2 Köpfe, ca. 9 $\frac{1}{2}$ / 4,85
Tafelhäse, Brot, nur Form, 2 Stück, ca. 9 $\frac{1}{2}$ / 4,85

Zurücknahme wenn nicht gefällig!

Gustav Westphal
Altona 724 Hamburg

Böhmische Bettfedern

aus erster Hand.

1 Pfd. graue, gute Schließfedern M. 1.—, bessere M. 2.—, weiße geschliff. flaumige M. 2,75 u. 4.—, Halbflaum-Herrschafsfedern M. 5.—, 5,50, 6,25.

1 Pfd. Rupffedern, ungeschliffene, halbweiße M. 2,25, weiße M. 4.—, allerfeinste M. 5,25, Zollfrei gegen Nachn. von 8 Pfd. aufwärts franco. Nichtpassend. umgetauscht oder Geld zurück. Muster umsonst.

Max Steiner, Klattau Nr. 359 (Böhmerwald)

Eisen-Me-ill-Betten, Kinder-Betten, Stahlmatten, günstig an Private. Katalog 147 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Holzbaracken * Holzhallen

auf Abbruch von großer Berliner Baufirma gegen bare Kasse zu kaufen gesucht.

Angebote an **BAUKÄMPER, Berlin W35**
Potsdamer Straße 31

Die 5 Punkte

QUALITÄT SOLIDE ARBEIT BILLIGSTE PREISE COULANTE BEDienung KLEINSTE RATEN

Für nur Mark **1.75** wöchentl. Abzahlung OHNE ANZAHLUNG (An Angestellte)

Vorsicht beim Einkauf von Sprechmaschinen! Lassen Sie sich nicht durch Redensarten verführen oder durch anziehende Reklame verlocken! Der Kauf einer Sprechmaschine ist Vertrauenssache, denn die wenigsten sehen ihnen hinein oder verstehen etwas vom Werk. Es gibt Einfederwerke und Zweifederwerke in 15 verschiedenen Preislagen. Trotz unserer billigen Preise verwenden wir nur Qualitätswerke, daher geben wir auf alle unsere Apparate

GARANTIE

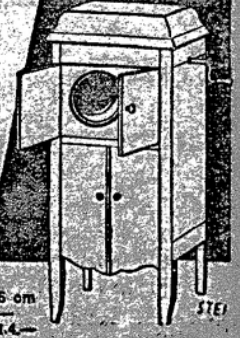
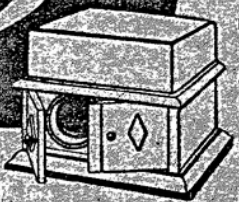
daher kauft **ABCO - Sprechmaschinen** die Maschinen mit einem Namen!

ABCO G. m. b. H., Abt. N

Berlin SW 68, Kochstraße 73

Lieferant vieler Beamtenvereinigungen

Größe ca. 106 X 45 X 46 cm Preis M. 125.— Wochenrate nur M. 4.—



Größe ca. 42 X 42 X 31 cm
Ladenpreis M. 75.—
Unser Reklamepreis M. 82.— auf Raten

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Unzulängliche Indexberechnung

Den amtlichen Teuerungszahlen und den aus ihnen errechneten Lebenshaltungsindexziffern kam bekanntlich während der Inflationszeit mit ihrer sprunghaften Teuerung eine besondere Bedeutung zu. Während die Teuerungszahlen einen brauchbaren Anhalt für die Preisbewegung boten, konnten die Indexziffern,

z. B. bei Lohn- und Gehaltsberechnungen, als Maßstab für die jeweilige inländische Kaufkraft der Papiermark herangezogen werden. Aber auch heute noch, nachdem inzwischen die Währungsstabilisierung eingetreten ist, dienen die amtlichen Meßzahlen bei Untersuchungen über eine beispielsweise gegenüber der Vorkriegszeit eingetretene Verteuerung als beachtenswerter Vergleichsmaßstab. Dagegen wäre so lange nichts einzuwenden, als diese amtlichen Meßzahlen die absolute Höhe des Preisstandes und die tatsächliche Verteuerung auch richtig zum Ausdruck bringen. Das ist aber wegen der sich aus der Zugrundelegung eines nicht mehr zutreffenden Verbrauchsschemas ergebenden methodischen Unzulänglichkeit der amtlichen Meßzahlenberechnung in der Tat nicht der Fall.

Die amtliche Reichsteuerungsstatistik legt ihren Berechnungen bekanntlich die jeweils für den notwendigen vierwöchigen Bedarf einer aus einem Ehepaar und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie aufzuwendende Gesamtkostenzahl zugrunde, die durch die entsprechenden Kosten der Vorkriegszeit dividiert, die Reichsindexziffer ergibt. Diese so errechnete Lebenshaltungsindexziffer soll nun die gegenüber der Vorkriegszeit eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten in Prozenten ausdrücken.

Wenn z. B. die auf 100 Friedensmark berechnete Reichsindexziffer für den Monat Dezember 1927 150,6 beträgt so soll damit gesagt werden, daß für eine Warenmenge, die vor dem Kriege 100 Mk. kostete, nach dem Stande vom November 1927 150,6 Reichsmark aufzuwenden waren. Dieser prozentuale Zuschlag wird aber der seit der Vorkriegszeit eingetretenen tatsächlichen Verteuerung nicht gerecht. Die Ursachen hierfür sind, wie bereits einleitend hervorgehoben wurde, in der Zugrundelegung des den gegenwärtigen Verbrauchsverhältnissen

nicht mehr entsprechenden Verbrauchsschemas zu suchen. Dieses der Reichsteuerungszahl unterstellte Verbrauchsschema umfaßt sechs Gruppen von Lebensbedürfnissen, und zwar:

1. Lebensmittel, 2. Heizung, 3. Beleuchtung, 4. Wohnung,
5. Bekleidung und 6. Sonstiger Bedarf einschl. Verkehrsausgaben.

Stellt man nun die für diese sechs Bedarfsgruppen vom

Reich angenommenen Lebenshaltungskosten den tatsächlichen für diese Lebensbedürfnisse aufzuwendenden Kosten gegenüber, wie sie sich aus den für den hamburgischen Staat für das Jahr 1925 berechneten Lebenshaltungskosten von 80 minderbemittelten Familien ergeben, so wird die methodische Unzulänglichkeit der reichsamtlichen Berechnungsart deutlich erkennbar. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im Rahmen der hamburgischen Untersuchung jede erwachsene männliche und weibliche Person und jedes über 11 Jahre alte Kind sowie je zwei Kinder bis zu 11 Jahren als eine Vollperson gerechnet wurde. Durchschnittlich entfielen auf Grund dieser in Hamburg vorgenommenen Berechnungen auf eine Haushaltung 3,59 Vollpersonen. Da nun die Reichsteuerungszahl von einer aus vier Vollpersonen bestehenden Normalfamilie ausgeht, wurden in der nachstehenden Gegenüberstellung des tatsächlichen und angenommenen Verbrauchs im Interesse eines möglichst einwandfreien Vergleichs nur die Ausgaben solcher Familien berücksichtigt, die sich ebenfalls aus vier Vollpersonen zusammensetzten. In Betracht zu ziehen ist jedoch noch, daß der Darstellung des tatsächlichen Verbrauchs die durch-

Freiheit

Freiheit! Freiheit!

Du Wunderwort, du Wunderwort!
Du Inbegriff der herrlichsten der Lieber,
wie klingst du in des Menschen Seele wider!
Ein Wunderwort, ein Wunderwort,
der alles Schönste in sich birgt,
der alles Schönste aus sich wirft!

Freiheit! Sie wird nicht ohne Mühe dein,
will wie ein schönes Weib errungen sein.
Nur kämpfend bringst du vor
zu ihrem köstlichen Genuß,
nur wenn du sagst: Ich weiß, ich muß
und kann nicht anders!

Du bist nicht frei, wenn du das Schlimmste willst,
du bist nicht frei, wenn du erwählst,
was dir bequeme Freuden schafft,
ein Sklave bist du deiner Leidenschaft.
Doch führt der Weg zur Schönheit auch durch Not,
droht er im Kampfe selbst den Tod, —
daß du erkennst und weißt, du mußt,
und vorwärts gehst du mit jauchzender Lust,
bleibst deinem Ziel vollendet treu,
dann bist du frei!

Die Schönheit ist des Werdens Ende!

Die Schönheit ist des Werdens Ziel!

Vollendetes Gezwungensein,
den Weg zu wandeln vollbewußt
nach diesem Ziel ist Freiheit!

Freiheit!

Leopold Jacoby.

schnittlichen Ausgaben von sechs Familien mit je vier Vollpersonen zugrunde gelegt wurden, deren Ernährer folgenden Berufsgruppen angehörten: Kupferschmied, Tischler, Drechslergeselle, Konditorgehilfe, Schriftsetzer und Handlungsgehilfe (vgl. „Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 20“: „Die Lebenshaltung minderbemittelter Familien in Hamburg im Jahre 1925“, umseitige Tabelle):

Bei der Betrachtung der Gruppe „Lebensmittel“ zeigt sich, daß die verhältnismäßig billigen Nahrungsmittel, wie Mehl, Mühlenfabrikate, Kartoffeln und Brot von der amtlichen Statistik zu stark berücksichtigt wurden, eine Beobachtung, die auch bereits anlässlich früherer Beanstandungen

Jahresverbrauch
einer aus 4 Vollpersonen bestehenden Familie:

Art der Lebensbedürfnisse:	tatsächlicher Verbrauch:	
	Mk.	Mk.
Brot	247,14	263,12
Mehl und Hülsenfrüchte	45,48	120,12
Kartoffeln	60,92	88,53
Gemüse	71,32	86,84
Obst	71,75	—
Fleisch	241,51	199,81
Wurst	119,93	81,77
Butter	103,29	122,20
Fette (ohne Butter)	137,74	111,15
Käse	59,02	43,03
Fische	35,89	12,35
Zucker	47,40	31,33
Eier	59,70	59,93
Milch	133,35	140,27
Kaffee und Kaffee-Erfaß	43,63	29,25
Kakao	9,14	40,69
Gewürze	8,41	3,77
Sonstige Getränke	17,25	—
Tabak, Zigarren, Süßigkeiten	57,24	—
Ausgaben im Wirtshaus	72,14	—
Lebensmittel zusammen:	1 642,25	1 434,16
Heizung	65,41	113,36
Beleuchtung	90,96	33,67
Wohnung	352,25	308,10
Bekleidung	288,54	304,33
Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	1 212,79	290,03
Insgesamt:	3 652,20	2 483,65

gemacht wurde. Gemüse, Butter, Bier, Milch und Kakao sind dagegen ausreichend vertreten, während aber Fleisch, Wurst, Fette, Käse, Fische, Zucker, Kaffee und Gewürze, die nicht weniger stark gestiegen sind als Gemüse, Butter, Bier und Milch, nur ungenügend berücksichtigt worden sind. Ausschlaggebend für die Unzulänglichkeit des „amtlichen“ Lebensmittelverbrauchs ist jedoch das Fehlen der Ausgaben für Obst, Tabak, Zigarren, Süßigkeiten, sonstige Getränke sowie für im Wirtshaus verzehrte Speisen und Getränke. Bei den übrigen Bedarfsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Die Ausgaben für Heizung sind von der amtlichen Statistik viel zu hoch, die Ausgaben für Beleuchtung dagegen viel zu gering eingesetzt worden. Da sich jedoch die angenommenen und tatsächlichen Kosten dieser beiden Lebenshaltungsfaktoren summarisch ziemlich ausgleichen, soll gegen ihre angemessene Höhe nichts eingewandt werden. Dafür ist aber die tatsächliche Wohnungsmiete um etwa 15 Proz. höher als die angenommene. Die für Bekleidung aufgewandten Kosten sollen nicht beanstandet werden. Am schärfsten aber kommt der Unterschied zwischen dem angenommenen und tatsächlichen Bedarf in der letzten Ausgabengruppe: „Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr“ zum Ausdruck. Hierzu sei bemerkt, daß das Verbrauchsschema der amtlichen Reichsteuerungsstatistik Aufwendungen für Mobiliar, Instandhaltung von Bekleidung und Wäsche, Ausgaben für die Schule, Bücher, Vergnügungen, Schuldabtragungen, Arbeitsgeräte, namentlich aber Steuern, soziale Abgaben und Verbandsbeiträge gar nicht oder nur in ganz unzureichendem Maße dem Gesamtbedarf eingefügt hat. Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß eine Reform der Reichslebenshaltungsindezberechnung vorgenommen werden muß. Nun hat zwar das Statistische Reichsamt des öfteren betont, daß es in der Reichsteuerungsstatistik kein Existenzminimum hat schaffen wollen; wenn aber gelegentlich der letzten im Jahre 1925 stattgefundenen methodischen Aenderung der Indezberechnung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die eingesetzten Verbrauchsmengen sich eng an die Ergebnisse der medizinischen Nahrungsmittelforschung und die im Jahre 1907 in der Form von Wirtschaftsrechnungen vorgenommenen

Haushaltungserhebungen anlehnen, so liegt sehr wohl die Gefahr nahe, daß die amtlichen Meßzahlen bei der Aufstellung eines Existenzminimums gar zu leicht als ausschlaggebender Maßstab herangezogen werden. Sicherlich würde die deutsche Reichsindezziffer um 10 Punkte zu erhöhen sein, wenn die Tatsache berücksichtigt würde, daß gerade die oben genannten, bisher unberücksichtigten Ausgabenpositionen gegenüber der Dorkriegszeit bedeutend stärker im Preise gestiegen sind als die meisten der im Verbrauchsschema schon vorhandenen.

Bekanntlich wird nun seit dem März vorigen Jahres im Deutschen Reich eine sich über 5000 Haushaltungen erstreckende Erhebung über Haushaltsrechnungen angesetzt, die für die Jahre 1926 und 1929 wahrscheinlich noch eine Erweiterung erfahren wird. Die Ergebnisse sollen denjenigen des Jahres 1907 gegenübergestellt werden, um auf diese Weise ein brauchbares Bild von der inzwischen eingetretenen Lebenshaltungsveränderung des deutschen Volkes zu gewinnen. Diese Erhebung wird eine ausgezeichnete Grundlage für die Aufstellung eines ausreichenden Verbrauchsschemas für die Teuerungstatistik des Reiches abgeben können. Allerdings wird sich in dem Bestreben, die gegenüber der Dorkriegszeit eingetretene Kostenverschlebung der einzelnen Lebensbedürfnisse darzustellen, die Schwierigkeit ergeben, den gegenwärtigen Waren die entsprechenden der Dorkriegszeit gegenüberzustellen; denn es kann wohl kaum daran gezweifelt werden, daß sich die haushaltungsmäßige Verbrauchsgestaltung im Laufe dieses zwanzigjährigen Zeitraumes aus den verschiedensten Gründen völlig verschoben hat. Ueberdies darf nicht unbeachtet bleiben, daß für die Feststellung der Dorkriegskosten eine brauchbare Kleinhandelspreisstatistik nicht herangezogen werden konnte. Außerdem kamen in der Zeit vor dem Kriege Waren zur Verwendung, die heute nicht mehr gebräuchlich sind, während wiederum seit der Nachkriegszeit, vor allem in der Bekleidungsbranche, Waren im Handel sind, die vor 1914 nicht geführt wurden. Man sollte daher, z. B. bei der Gegenüberstellung der betreffenden Bedarfsgruppe vergleichen.

Ob das Statistische Reichsamt eine Reform der Reichsteuerungstatistik auf Grund der haushaltungstatistischen Erhebungen beabsichtigt, ist nicht bekannt. Es wäre jedoch wünschenswert, daß im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse eine amtliche Meßziffer gefunden wird, die einen brauchbaren Anhaltspunkt für die gegenüber der Dorkriegszeit eingetretene Verteuerung der Lebenshaltungskosten und ihrer monatlichen Veränderung abgibt. Erst dann wird die Reichsindezziffer, auf ein allgemeines Vertrauen gestützt, wieder die Bedeutung erlangen, die sie bereits während der Zeit des deutschen Währungsverfalles hatte und deren Zuverlässigkeit im volkswirtschaftlichen Interesse geboten erscheint, zumal wenn sie in Zusammenhang mit dem Reparationsproblem zur Beurteilung der Lebensführung des deutschen Volkes herangezogen wird. Dr. Hans Albrecht-Hamburg.

Karl Ulrich. Am 28. Januar vollendete der Staatspräsident des Freistaates Hessen, Genosse Karl Ulrich, sein 75. Lebensjahr. Schon als Achtehnjähriger war er in seiner Vaterstadt Braunschweig eifriges Mitglied der Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung. Sein hauptsächlichster Wirkungskreis wurde schließlich die hessische Industriestadt Offenbach a. M. Dort war er für Jahrzehnte der unumstrittene Führer, dort trat er 1875, wenn auch widerstrebend, als 22jähriger in die Redaktion des Parteiblattes ein, dort wurde er 1885 in den Landtag und später auch in den Reichstag gewählt. Jahrzehntelang steht Karl Ulrich auf Vorposten für die deutsche Arbeiterchaft. Er hat schwere Zeiten durchgemacht, sowohl als Mensch wie als Politiker. Aber sein Glaube an das Proletariat, seine leidenschaftliche Hingabe an den Kampf für Sozialismus und Demokratie hat nicht gelitten. Heute ist er zwar eines der ältesten Mitglieder des Deutschen Reichstages, aber zugleich einer der Lebendigsten unter seinen Kollegen. Aus dem Maschinenschlosser von ehemals wurde der Redakteur und Geschäftsführer eines großen Unternehmens und schließlich der Leiter der republikanischen Regierung des hessischen Freistaates, die seit 1919 ununterbrochen aus der Weimarer Koalition gebildet wird.

Internat. Erhebung über wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden

Der Internationale Städteverband, der die Landesverbände der Gemeinden von zwanzig Staaten umfaßt, veranstaltet zurzeit eine Erhebung über „Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden“. Die praktische und wissenschaftliche Bedeutung dieser Enquete kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Damit werden wir endlich die Möglichkeit bekommen, uns einen Gesamtüberblick über den Umfang und die Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden aller Länder zu verschaffen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchung wird sich auch die Möglichkeit für eine internationale Zusammenarbeit der kommunalen Betriebe eröffnen.

Der Fragebogen für diese Erhebung ist von dem Vorsitzenden des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, aufgestellt worden. Der außerordentlich reichhaltige Fragebogen zerfällt in zwei Teile, von denen der erste sich auf die rechtlichen Grundlagen für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden bezieht und 14 Fragen enthält, während der zweite Teil des Fragebogens sich auf den sachlichen und organisatorischen Umfang der Gemeindebetriebe erstreckt und insgesamt 25 Fragen umfaßt.

Der zweite Teil ist mit zwei Anlagen versehen. Die eine enthält ein Verzeichnis von Beispielen wirtschaftlicher Unternehmungsarten der Gemeinden, die andere bezieht sich auf den Umfang und die Entwicklung einiger wichtiger Unternehmungsarten in den Jahren 1910 bis 1926.

Der große Umfang des Fragebogens gestattet uns leider nicht, ihn hier im Wortlaut zu veröffentlichen; jedoch wollen wir einige Fragen herausgreifen, um ein Bild von der Bedeutung dieser ersten internationalen Erhebung über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden zu vermitteln.

In dem ersten Teil des Fragebogens finden sich u. a. folgende Fragen: 1. bis 3. Sind die Gemeinden berechtigt, sich wirtschaftlich zu betätigen oder bestehen Einschränkungen in bezug auf einzelne Gebiete des Wirtschaftslebens? 14. Hat sich die Gesetzgebung und das Verhalten der staatlichen Verwaltungsbehörden gegenüber der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden seit dem Jahre 1910 geändert, und in welcher Weise?

In dem zweiten Teil wird insbesondere die Beantwortung folgender Fragen verlangt: Umfang und Bedeutung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden gegenüber der Privatwirtschaft; ihre Bedeutung für die Gemeindefinanzen und für die sozialen Fürsorgeaufgaben. 1. Welche Arten wirtschaftlicher Unternehmungen betreiben die Gemeinden und Gemeindeverbände? 2. Welche Unternehmungsarten werden von den meisten Gemeinden betrieben und haben demnach besonders große Bedeutung? 3. Hat die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden seit dem Jahre 1910 zugenommen oder ist sie zurückgegangen und auf welchen Gebieten im einzelnen? Sind auf einzelnen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden besondere Veränderungen eingetreten, und welcher Art sind diese? Zur Charakteristik des Umfangs und der Entwicklung der Gemeinden seit 1910 wird ferner, soweit möglich, um Angabe der Zahl der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten gebeten. Der Umfang und die Entwicklung der kommunalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der kommunalen Straßenbahnen, Schnellbahnen und des Kraftomnibusverkehrs sollen nach Möglichkeit erfaßt werden. 4. Wodurch ist die Veränderung des Umfangs und der Art der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden seit 1910 herbeigeführt worden? 6. Welches sind die wichtigsten Betriebsformen der kommunalen wirtschaftlichen Unternehmungen? Sind die Betriebe unmittelbare Gemeindeanstalten, und werden sie von der-

Gemeinde in eigener Regie geführt? Oder bilden die Betriebe vielfach besondere Rechtspersönlichkeiten des Privatrechts (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.)? Befindet sich in letzterem Falle das Gesellschaftskapital ausschließlich in der Hand der Gemeinden, oder ist in erheblichem Maße auch Privatkapital daran beteiligt (gemischt-wirtschaftlicher Betrieb)? Ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform bei einzelnen Arten von wirtschaftlichen Betrieben besonders vorherrschend? 7. Werden in größerem Umfang wirtschaftliche Unternehmungen von mehreren Gemeinden gemeinschaftlich betrieben (z. B. Ferngasversorgung, Elektrizitätsversorgung, gemeinschaftliche Wasserwerke usw.)? Hat sich diese Entwicklung seit 1910 verstärkt? 9. Erzielen die Gemeinden in erheblichem Umfang Ueberschüsse aus ihren wirtschaftlichen Unternehmungen? Welche Arten von wirtschaftlichen Unternehmungen tragen zu diesen Ueberschüssen besonders bei (sogenannte Erwerbsunternehmungen, z. B. Gaswerke, Elektrizitätswerke usw.)? Welche Arten von wirtschaftlichen Unternehmungen sollen zwecks möglicher Verbilligung der Erzeugnisse oder Leistungen im Interesse der Einwohner grundsätzlich keine Ueberschüsse erzielen (gemeinwirtschaftliche Unternehmungen)? Welche dieser Unternehmungsarten können sich nicht selbst unterhalten, sondern müssen regelmäßig einen Zuschuß aus allgemeinen Haushaltsmitteln erhalten? 11. Welchen Prozentsatz von den Einnahmen des ordentlichen Etats machen die Ueberschüsse der wirtschaftlichen Unternehmungen bei den Gemeinden im Jahre schätzungsweise aus? 18. Werden die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden steuerlich begünstigt? Wenn ja, welche Arten der Betriebe? Welche Steuern fallen fort oder sind ermäßigt? Wie groß ist — durchschnittlich schätzungsweise — die steuerliche Entlastung gegenüber Privatbetrieben (in Prozenten der normalen Steuerleistung)?

Die Auswertung des auf Grund der Fragebogen einlaufenden Materials wird von Dr. Mulert vorgenommen, der auch die Hauptberichterstattung über das Ergebnis der Enquete auf dem nächsten Kongreß des Internationalen Städteverbandes übernommen hat. Der Kongreß findet vom 5. bis 9. Oktober 1928 in Sevilla statt. Es darf angenommen werden, daß diese Untersuchung des Städteverbandes den übrigen großen internationalen Erhebungen der Nachkriegszeit, wie sie vom Völkerbund über die Rohstoffe und vom Internationalen Arbeitsamt über die Produktion veranstaltet wurden, zur Seite gestellt werden kann.

Man wird nun feststellen können, daß die Kommunalwirtschaft heute, im internationalen Maßstabe gesehen, eine neue große Wirtschaftsmacht darstellt, die den Anspruch darauf erheben kann, bei der Neuordnung der Wirtschaft im Sinne planmäßiger Organisation ein entscheidendes Wort zu sagen. Die Internationale der Kommunalarbeiterorganisationen ist an den Ergebnissen der Enquete auf das stärkste interessiert.

Dr. Pa.

Arbeitermangel? Es klingt paradox, in dieser Zeit furchtbarster Arbeitslosigkeit von einem Arbeitermangel zu sprechen, und doch geschieht es in einer Arbeit aus dem Reichsarbeitsministerium. Nach ihr ist mit einem schnell steigenden Ausfall an vollkräftigen Arbeitern zu rechnen. Im Jahre 1929 sollen es schon über 80 000 sein, die fehlen, und 1932 soll bereits ein Mangel an 640 000 Arbeitern vorhanden sein. Diese Gefahr, die da trotz der Rationalisierung vorhanden ist, wird auf den erschreckenden Geburtenrückgang zurückgeführt. Der Geburtenrückgang aber hat seine Ursache in den sozialen Uöten des Lebens, in den erbärmlichen Wohnverhältnissen, dem mangelhaften Einkommen großer Massen. Hier ist der Punkt, von dem aus die Zukunft zu gestalten ist!

Wirtschaftsbeihilfe, Achtstundentag und Lohnausgleich in Baden

Auch in Baden wurde die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe im November beantragt, vom Arbeitgeberverband badischer Gemeinden jedoch abgelehnt, auch Verhandlungen hierüber lehnte er glatt ab. Ein zweiter Antrag, in dessen Begründung nachgewiesen wurde, daß die Gemeindearbeiterlöhne noch weit hinter der an sich verbesserungsbedürftigen Beamtenbesoldung zurückstehen, erfuhr daselbe Schicksal, auch er wurde ohne Verhandlungen abgelehnt. Im Provokieren und in der Zurückweisung von Arbeiteranträgen läßt sich der badische Arbeitgeberverband von niemand überbieten.

Gleichzeitig war anfangs Dezember von uns der Abschluß einer Vereinbarung über die Einführung der 48-Stunden-Woche, der Regelung der Schichtarbeit und der Vereinbarung eines Lohnausgleichs beantragt worden. Auch darüber lehnte der Arbeitgeberverband Verhandlungen ab. Die Rechtslage sei vielmehr so, schrieb er, daß die Einführung der 48-Stunden-Woche im Lohnausgleich beschlossen sei, eine Vereinbarung hierüber sei nicht nötig. Für einen Lohnausgleich sei eine rechtliche Verpflichtung für ihn nicht gegeben, also könnten auch keine Verhandlungen hierüber stattfinden. Falls aber unsererseits diese Rechtslage anerkannt würde, sei er bereit, in eine „Ausprache“ über die Gewährung eines Ausgleichs einzutreten. Würde diese „Rechtslage“ jedoch von uns nicht anerkannt, so würde eben kein Ausgleich erfolgen. Die Anerkennung dieser Rechtslage, welche den Verzicht auf die Anrufung der Bezirkschiedsstelle von vornherein bedeutet hätte, wurde von uns abgelehnt, dagegen vorgeschlagen, die Rechtslage in der Ausprache zu behandeln, das lehnte der Arbeitgeberverband ab. Er war nur für eine Ausprache, da für ihn, den Arbeitgeberverband, keine Veranlassung vorliege, vor einer Schiedsstelle zu erscheinen, er sich auch in diesem Falle nicht von einer Schiedsstelle zwingen lassen brauche. Auch als Einigungsinstanz, wie wir vorschlugen, lehnte er die Schiedsstelle ab. Da unter diesen Umständen keine Aussicht bestand, eine Schiedsstelle zusammenzubringen, oder von einer solchen einen brauchbaren Einigungsvorschlag zu erhalten, so wurde auf die Anrufung der Schiedsstellen verzichtet.

Die Ausprache, die am 19. Dezember erfolgte, hat dann die wahre Absicht des Arbeitgeberverbandes enthüllt. Wir hatten als Ausgleich einen Zuschlag auf den Ecklohn von 2 Pf. pro ausfallende Arbeitsstunde, also insgesamt 6 Pf. beantragt. Der Arbeitgeberverband bot an, einen Pauschalausgleich zu zahlen, berechnet mit etwa 3 Pf. auf den Ecklohn, so daß also die an- und ungelerneten Arbeiter, die Arbeiterinnen, die Alters- und Ortsklassen nach dem Schlüssel abgestuft würden. Den Wortlaut „pro ausfallende Arbeitsstunde“ legte der Arbeitgeberverband dahin aus, daß die Orte, welche bisher schon 48 Stunden als Kurzarbeit gearbeitet hatten, damit sie 1924 die Erhöhung auf 51 Stunden nicht mitzumachen brauchten, den Ausgleich nicht erhalten sollten, da ja dort tatsächlich ein Lohnverlust nicht einträte. Daß diese Städte schon jahrelang die Arbeit von 51 Stunden in 48 gemacht bekommen und dadurch schon jahrelang Ersparnisse erzielt, davon will der Arbeitgeberverband nichts wissen. Selbstverständlich mußten wir auf einen vollen Ausgleich bestehen, um so mehr, als auch der Arbeitgeberverband die Tatsache einer ganz gewaltigen Rationalisierung der Betriebe und dadurch eine erhebliche Mehrleistung der Gemeindearbeiter nicht in Abrede stellen kann und selbst die Betriebsvorstände zumeist berichten, daß durch die Einführung der 48-Stunden-Woche wenig oder keine Arbeiter notwendig werden. Aber der Arbeitgeberverband nützte die „Rechtslage“ aus. Nachdem er sich unseren Gründen nicht entziehen konnte, aber unseren Anträgen auf vollen Ausgleich, und zwar in Form einer laufenden Erhöhung des Ecklohnes nicht zustimmen wollte, erklärte er einfach, es werde ein Ausgleich von 9 Mk. pro ausfallende Stunde, also bei drei Stunden 27 Mk. Pauschale für die Monate Januar, Februar und März gegeben. Das Lohnabkommen laufe ja am 1. April ab, eine laufende Erhöhung des Ecklohnes könne nicht vor diesem Termin erfolgen. Er sah also den Kampf um den Ausgleich bewußt auf die Lohnverhandlungen im März-April hinaus, obgleich diese Verhandlungen durch die Verteuerung der Lebenshaltung jetzt schon genügend belastet sind. Da der Arbeitgeberverband erklärte, daß dieser Beschluß einstimmig und unabänderlich sei, hatte eine weitere Ausprache keinen Zweck mehr, nachdem auch unsererseits gegen dieses Vorgehen protestiert und auf die ganz gewaltige Zuspitzung der Verhältnisse hingewiesen worden war, welche die Verhandlungen im Frühjahr durch diesen Beschluß des Arbeitgeberverbandes erleiden werden.

So eilig hatte es der Arbeitgeberverband, seinen Diktatpruch zu verkünden, daß er sich sogar darüber nicht klar war, daß die Handwerker zu der Pauschale von 27 Mk., wenn nach dem Schlüssel abgestuft wird, gerechterweise auch die 10 Proz. Handwerkerzulage erhalten müssen. Nachträglich scheint ihm dies zum Bewußtsein gekommen zu sein, ebenso, daß Mannheim unter Berücksichtigung seiner Ortszulage etwas mehr erhalten müßte. Infolgedessen hat er nachträglich beschlossen, daß zu der Pauschale von 27 Mk. noch die 10 Proz. Handwerkerzulage gegeben werden und für Mannheim die Pauschale 30 Mk., für Handwerker 33 Mk. beträgt.

Die Ecklohnpauschale beträgt nun in Mannheim 30 Mk., Ortsklasse A 27 Mk., Ortsklasse B 25 Mk., Ortsklasse C und D 23 Mk. Der Verlust für die 39 ausfallenden Arbeitsstunden im Januar bis März ergibt einschließlich des Verlustes der 15 Proz. Mehrarbeitszulage, aber ohne den Verlust der Frauen- und Kinderzulagen in Mannheim 43 Mk., Ortsklasse A 40 Mk., Ortsklasse B 36 Mk., Ortsklasse C und D 33 Mk., so daß die Pauschale etwa 70 Proz. des Lohnverlustes deckt. Die badischen Gemeindearbeiter müssen also einen Lohnverlust von 30 Proz. der Arbeitszeitverkürzung tragen, trotz ihrer Mehrleistungen, trotz der Einparungen, welche die Städte machen und das gerade zu der Zeit, zu welcher die Städte ihren Bürger- und Oberbürgermeistern, ihren Bau- und Oberbauärzten und Direktoren Gehaltszuwendungen von vielen Tausenden machen werden. Mögen die badischen Gemeindearbeiter die Lehre daraus ziehen, daß sie im Frühjahr gerüstet sein müssen, wenn sie einem so skrupellosen Gegner gegenüberstehen.

Theaterarbeiter

Wann sind Theaterarbeiter unfallversicherungspflichtig? Wir geben nachstehend ein Urteil des bayr. Landesversicherungsamtes vom 11. Oktober 1927 wieder, in dem das Vorliegen eines Betriebsunfalls bei einem Theaterapezierer bejaht worden ist. Der Anspruch auf Unfallrente ist dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt und die Sache selbst zur Festlegung der Rente an die Ausführungsbehörde (oberste Baubehörde im bayr. Staatsministerium des Innern) zurückverwiesen worden. In der Begründung heißt es:

1. Der Kläger ist städtischer Theaterapezierer und als solcher ständiger Arbeiter des Stadtbauamtes R. In dieser Eigenschaft erhielt er am 13. Februar 1926 auf Anordnung des städtischen Theaterreferenten, des Rechtsrats C., von seinem Vorgesetzten, dem städtischen Theatermeister G., den Auftrag, Dekorationsgegenstände, welche der Stadt gehörten, in dem zum Theater gehörigen Neuhaus-Saale zur Dekorierung für eine von der Gesellschaft Ressource abzuholende Fasnachtsunterhaltung anzubringen. Bei dieser Arbeit ist er beim Versuch, an der Galerie Schließen in einen Kranz hineinzuflechten, von der ins Russchen gekommenen Leiter aus einer Höhe von 4 Metern auf den Boden gestürzt und hat dabei eine Stellung beider Hüfte mit Bluterguß erlitten. Die oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern als Ausführungsbehörde, bei welcher die Stadtbauamt R. am 15. Februar 1926 den Unfall angemeldet hatte, hat ihre Entschuldigungsverpflichtung abgelehnt mit der Begründung, daß die Tätigkeit, bei welcher der Kläger den Unfall erlitten hat, der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nicht unterliege. Die Berufung des Klägers ist zurückverwiesen worden. Gegen dieses Urteil hat der Kläger rechtzeitig den Rekurs eingelegt.

2. Es ist wohl irrig, daß Bühnenbetriebe als solche trotz der mit ihnen verbundenen großen Gefahren (!) der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nicht unterliegen. (§ 537 RVD.) Die Frage, ob der Kläger zur Zeit des Unfalls versichert war, darf aber nicht einseitig auf die Beziehung des Klägers zum Stadttheater und zu dem Orte des Unfalls beurteilt werden, sondern es muß hierfür geprüft werden, ob der Kläger hauptsächlich im Betriebe des Stadtbauamtes R. beschäftigt war, daß er ständiger Arbeiter bei diesem Amte war und daß seine eigentliche Stellung ist. Als solcher Arbeiter ist er aber versichert. Nachdem er in dieser Eigenschaft mit Rücksicht auf sein Beschäftigungsverhältnis beim Stadtbauamt vom städtischen Theaterreferenten als der zur Anordnung über den Theateraal zuständigen Stelle mit Wirkung für den Betriebsunternehmer, das Stadtbauamt, zu anderen Diensten, nämlich zu den nicht zum versicherten Betrieb gehörigen Dekorationsarbeiten zugezogen worden war, erstreckt sich die Versicherung nach § 546 der RVD. auch auf diese anderen Dienste. — Steht somit fest, daß der Kläger als ständiger Arbeiter des Stadtbauamtes und mit Rücksicht auf dieses Arbeitsverhältnis vom Bauamt in seiner Eigenschaft als Unternehmer zur Leistung anderer Dienste befohlen und herangezogen wurde, so ist die Entschuldigungsverpflichtung der Ausführungsbehörde für den bezeichneten Unfall gegeben, und es mußte demzufolge unter Aufhebung der Entscheidungen der Vorinstanzen der Anspruch des Klägers dem Grunde nach anerkannt werden. Die Zurückweisung mußte ausgesprochen werden, da über die Folgen des Unfalls hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit des Klägers noch Erhebungen und Feststellungen nötig sind.“

Hygiene und Natürlichkeit der Kleidung



Is Jean Jaques Rousseau seinen Zeitgenossinnen und -genossen, die die überfeinerte und zu überschraubter Etikette erstarrte Kultur des Rokoko umgab, deren weibliche Mode die Frau zu einer wandelnden Kunstfassade machte, sein mahnendes Apostelwort „Zurück zur Natur“ zurief, da kreierte ein phantasierender

Pariser Kleiderkünstler sofort eine Mode à la sauvages (sauvages = Wilde). Diese bestand — wie man sich denken kann — im Fortlassen überflüssiger Kleidungsstücke, aber nicht etwa bis auf den Lendenschurz der Zulu-Kaffern oder gar bis zum legendären paradiesischen Feigenblatt, sondern im wesentlichen nur darin, daß die Männer statt der Puderperücke ihr eignes blondes oder braunes Haar zur Schau trugen und die Frauen sich des bewegungshemmenden Reifrockgestells entledigten. Und schließlich setzte sich Rousseaus Forderung nach der großen Französischen Revolution in modischer Beziehung in so weitgehendem Maße durch, daß die zur Macht gekommene Klasse des Bürgertums eine an der natürlichen Grazie griechischer Vorbilder orientierte Mode, das Empire, schuf, das sich durch körsettlose Hängekleider und absatzlose Sandalen charakterisierte und das für die Männer die bequeme, praktische, noch heute geltende Kleidung erfand.

Rousseaus Parole der Natürlichkeit wäre zur Groteske geworden, wenn jener Schöpfer der robes à la sauvages sich wirklich buchstabengetreu an die Vorbilder afrikanischer und australischer Modegepflogenheiten gehalten hätte. Ebenjowenig wie der Bauer vom Lande oft durchaus kein Repräsentant nachahmenswerter Natürlichkeit ist und sich vor jedem frischen Luftzug in seinen Schlafkammern fürchtet, ebenjowenig können viele Naturvölker als leuchtende Beispiele vernünftiger Lebensweise und Beklei-

dungssitten angesprochen werden. Der weitgereiste Gelehrte Ratzel schreibt darüber: „Man kann sagen, daß der größte Teil ihrer Gedanken und ihrer Arbeit auf die Verzerrung ihres Körpers ausgeht. Diese Völker sind in ihren Kreisen größere Modenarren als es die in der Kultur höchststehenden sind.“ Und schon der Anschauungsunterricht eines Völkerkundemuseums belehrt darüber, daß Eingeborene weltentlegener Inseln, die unter Bedingungen göttlicher Natürlichkeit leben, in ihren modischen Ansichten eine unglaubliche Geschmacksverbildung und ein Schönheitsideal besitzen, das eine mögliche Derkünstelung und Verzerrung der Natur erstreckt.

Es ist erstaunenswert, zu welcher heroischer Opferfähigkeit Menschen gelangen können, wenn es sich um die liebe Eitelkeit und das mehr oder weniger eingeständene Geltungsbedürfnis dreht. Betrachtet man schon mit nachsichtigem Kopfschütteln all die Modetorheiten und -verirrungen, die die europäische Kulturmenschenheit im Laufe der Jahrhunderte durchmachte, so kann man doch kaum begreifen, zu welchen Entstellungen das Schmuckbedürfnis primitive Naturkinder trieb.

Die Sucht, sich von den anderen günstig zu unterscheiden, äußerlich Eindruck zu machen und sich „zu fühlen“, ist so alt wie die Menschheit selbst und gebar die allgewaltige, wandelbare Göttin Mode. Und wie das mit besonderer Auffälligkeit bei den Primitiven in Erscheinung tritt, ist sie durchaus nicht etwa auf das weibliche Geschlecht beschränkt. Bei gewissen Neger- und Indianerstämmen wirkt sich im Gegenteil der Schmucktrieb gerade bei den männlichen Mitgliedern aus. Es handelt sich dabei meist um Kriegs- und Schreckschmuck, mit dem man den Gegner imponieren möchte, wie Kriegsmasken, Kopfpuze aus Federn und Tierhäuten u. a. Vernarbte Wunden geben die Gedankenassoziation von Mut und Tapferkeit. So verschafft sich

An die Frauen

Wir steigen auf aus Lärm und Durst.
Die Arbeit braunt den Niesensalm.
Wir wollen jedes Hirn entzündet
Und Mann und Weib zum Kampf verbünden.

Wir steigen aus auf Nacht und Not,
Wir ringen heiß um Zeit und Brot.
Ihr Schwestern, laßt die Hand euch halten
Und helft uns mit, die Welt gestalten.

Ob Mann und Weib, ob alt und jung,
Maschinen saufen ihren Schwung.
Die Bohrer knirschen, Sägen kreischen
In einem großen Händereichen.

Wir wissen gut, wir sind die Kraft,
Die goldnen Glanz und Reichtum schafft.
Wir hör'n aus Raitern und Gestampfe:
Vereint zum Werk, vereint zum Kampfe!

Schlagt eure Hand in unsre Hand
Und kämpft mit uns in dem Verband!
Laßt eure heiße Sehnsucht fliegen
In neuen Kämpfen, neuen Siegen!

Bruno Schönlank

Die Eiserne Ferse

IV.

Schluss.



Wir wollen die Sache noch einmal kurz durchsprechen“, sagte Ernst. „Wir gingen von einem einzelnen Industriezweig, der Schuhwarenfabrikation, aus. Wir sahen, daß die Produktionsteilung dort der aller anderen industriellen Betriebe ähnelt. Wir sahen, daß die Arbeit mit ihrem Lohn nur einen gewissen Teil der Produktion zurückkaufen konnte, und daß das Kapital den ihm verbleibenden Anteil nicht ganz aufbrauchte. Wir sahen, daß immer noch ein unverbrauchter Ueberschuß blieb, nachdem die Arbeit ihren ganzen Lohn und das Kapital alles, was es benötigte, verbraucht hatte. Wir wurden uns darüber einig, daß dieser Ueberschuß nur an das Ausland abgesetzt werden konnte, daß infolgedessen die Hilfsquellen dieses Landes aufgeschloffen wurden und dieses Land binnen kurzem selbst einen unverbrauchten Ueberschuß haben mußte. Wir dehnten diesen Vorgang auf alle Länder der Erde aus, bis jedes Land jährlich einen unverbrauchten Ueberschuß produzierte, den es nicht mehr an das Ausland absetzen konnte. Und nun frage ich Sie noch einmal: Was fangen wir mit diesem Ueberschuß an?“

Noch immer antwortete niemand. „Herr Calvin?“ fragte Ernst. „Das geht über meinen Horizont“, gestand Herr Calvin.

„Ich habe mir solche Dinge nie träumen lassen“, sagte Herr Asmunsen. „Und jetzt scheinen sie mir so klar wie gedruckt.“

Zum erstenmal hörte ich nun die Auslegung der Lehre Marx vom Mehrwert; Ernst entwickelte sie, und zwar so einfach, daß auch ich bestürzt und wie vom Donner gerührt darsaß.

„Ich will Ihnen sagen, wie Sie den Ueberschuß loswerden können“, fuhr Ernst fort. „Werfen Sie ihn ins Meer. Werfen Sie jedes Jahr Hunderte von Millionen Dollar in Schuhen, in Wägen, in Kleidern, in sämtlichen Handelsartikeln ins Meer. Wäre das nicht eine Lösung?“

„Zweifellos“, antwortete Herr Calvin. „Aber es ist abgeschmackt von Ihnen, so zu reden.“

Ernst wandte sich blitzschnell gegen ihn.

„Ist es auch nur im geringsten abgeschmackter als das, was Sie Maschinenstürmer reden, wenn Sie die Rückkehr zu den vor-sinktflutlichen Methoden Ihrer Vorfahren fordern? Welche Vorschläge machen Sie, um die Ueberschüsse loszufüttern? Sie würden der ganzen Frage einfach aus dem Wege gehen, indem Sie keinen Ueberschuß produzieren. Aber wie wollen Sie den Ueberschuß vermeiden? durch Rückkehr zu einer primitiven Produktionsweise, die so verworren, unordentlich und vernunftwidrig, so zeitraubend und kostspielig ist, daß es unmöglich wäre, einen Ueberschuß zu produzieren!“

Herr Calvin schluckte. Der Hieb saß. Er schluckte mehrmals und räusperte sich.

„Sie haben recht“, sagte er. „Ich bin geschlagen. Es ist abgeschmackt. Aber wir müssen etwas tun. Für uns vom Mittelstand ist es eine Frage auf Leben und Tod. Wir wollen nicht zugrunde gehen. Sieber wollen wir abgeschmackt sein und zu der sicher rohen, primitiven und unökonomischen Methode unserer Vorfahren zurückkehren. Wir wollen die Industrie auf das Vor-Trust-Stadium zurückführen. Wir wollen die Maschinen stürmen. Und was wollen Sie dagegen machen?“

„Aber Sie können die Maschinen nicht stürmen“, erwiderte Ernst. „Sie können die Flut der Entwicklung nicht rückwärts lenken. Ihnen stehen zwei Mächte gegenüber, deren jede allein stärker ist als der Mittelstand: Die Großkapitalisten, die Trusts verlegen Ihnen den Rückweg. Sie wollen nicht, daß die Maschinen zerstört werden. Und größer noch als die Macht der Trusts ist die der Arbeit. Sie erlaubt Ihnen nicht, die Maschinen zu stürmen. Die Welt Herrschaft, und mit ihr die Maschine, liegt zwischen Trust und Arbeit. Dort ist die Schlachtfeldfront. Auf keiner Seite will man die Vernichtung der Maschinen, auf jeder Seite aber ihren Best. In diesem Kampf ist kein Raum für den Mittelstand, der ist ein-

der männliche Wilde durch Einritzungen der Rücken- und Brusthaut Ziernarben, die oft in ornamentartigen Mustern angebracht werden. Aus der Bemalung, deren Ursprung wohl in kriegerischen Gewohnheiten zu suchen ist (Blut von Feinden), entwickelte sich die Tätowierung, ein Schmuck, der jahrelange Arbeit erfordert und große Mühen und Schmerzen verursacht. Unglaubliche Deformationen sind „Mode“ bei den Naturvölkern, ja es zeigt sich bei ihnen geradezu eine Verachtung des Normalen (Ohrläppchen und Lippen werden verunstaltet, die Zähne spitz gefeilt, die Frauen gemästet, die Köpfe der Neugeborenen durch Pressen länglich geformt.) Und neben der barbarischen Sitte der Nasenringe und pfundschweren Ohrgehänge kennt ein wilder Volksstamm längst vor der europäischen Frau die korsettartige Tailleneinschnürung. Und zwar sind das die männlichen Eingeborenen vom Papuagolf, die durch Umlegen eines Streifens geeigneter Baumrinde die ansehbare „Schönheitslinie von 44 Zentimeter Taillenweite“ erreichen!

Angesichts solcher Modegebräuche können wir heutigen Europäer mit einiger pharisäischer Selbstgefälligkeit uns unserer Bekleidungsitten rühmen, die bei unseren klimatischen Verhältnissen so ziemlich vernünftig, praktisch und von einer schönen Natürlichkeit sind. Zum mindesten was die Frauenkleidung angeht. Die Zeiten des kurzen Haars und kurzen Rockes sind allerdings bei uns noch nicht sehr alt. Wenn vor 20 Jahren eine fortschrittlich denkende Frau korsettlos und in einem Hängerkleid der Reformtracht erschien, so war sie beinahe als lächerliche Figur verschrien und mußte, um ihren Willen zur Natürlichkeit zu bekunden, einen nicht geringen Heroismus aufbringen. Und gar eine Frau mit kurzem Haar galt unumstößlich als Mannweib. Und heute? Kürzlich wurde ein Film von vor 20 Jahren gezeigt, und da war es nicht so sehr die unvollkommene Photographie, die süßen Kitschigkeiten des Spiels und der Textworte, als vielmehr die schleppenden Dolantröcke, die Hutwagenräder, engen



• Die große Mode von einst
La Toilette de Paris

Tailen, Puffärmel und aufgedonneten Frisuren der Darstellerinnen, die das lauteste Spottlachen hervorriefen. Es ist bezeichnend, daß gerade politisch und weltanschaulich rückständige Frauen — und Männer (voran die liebe Geistlichkeit) an den Attributen der Mode von Dorgestern hängen und sie für sitzhaft und tugendhaft erklären. Abgesehen davon, daß ihre Gründe

in puncto Hygiene schweigen müssen, so können sie auch in moralischer Beziehung kaum aufrechterhalten werden. Oder warum ist ein falscher Zopf ehrbarer als ein Bubenkopf, eine Seidentrikotkombination verdammenswerter als rotflanelle Unterrock, ein ärmellofes, kniefreies Sportkleid unmoralischer als das Dekolleté bei Festlichkeiten?

Mit unserer heutigen Mode ist wirklich ein Stück Frauenfrage gelöst. Die Mieder und Korsetts, die früher einen Frauenkörper einschnürten und sogar in der freien Atmung beeinträchtigten, der Ballast von Unterrocken und schwerer Wäsche, von Volants, Bändern und tausend zeitraubenden Kinkerlitzchen haben bestimmt die Frau in ihrer Bewegung und Entwicklung gehemmt. Es gibt auch heute noch eine große Anzahl Frauen, für die die Kleiderfrage eine Hauptfrage ist, und solche, die sie überhaupt zum Inhalt ihres Lebens machen. Aber für die meisten und vor allem die tätigen Frauen ist die Einfachheit und gesunde Natürlichkeit der gegenwärtigen Miedertracht eine Erleichterung und Befreiung von allzu zeitraubenden Kleidersorgen. Sie haben durch sie Gedanken und Kräfte für andere Interessen und geistige Aufgaben frei

ebenso wie die Männer, die, sicher zum Nutzen von Wissenschaft und Technik, sich schon vor mehr als hundert Jahren von den zeitraubenden Keratzen zerkratzen und unpraktischer Moden emanzipiert haben.

Die liebe Eitelkeit bestimmt nun einmal seit Evas Zeiten unser menschliches Tun und Treiben und wenn Fischbein und Haarnadel heute noch wie vor zwanzig Jahren das Bild der Mode beherrschten, dann könnten Gesundheitsapostel mit Menschen- und

Zwerg zwischen zwei Riesen. Sie müssen einsehen, daß Sie, die Angehörigen des armen, dem Untergang geweihten Mittelstandes, zwischen zwei Mühlsteinen gepreßt sind, und daß das Mahlen soeben begonnen hat.

Ich habe Ihnen mathematisch bewiesen, daß der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems unvermeidlich ist. Wenn jedes Land mit einem unverbrauchten und unverkäuflichen Ueberschuß in der Hand dasteht, wird das kapitalistische System unter dem schrecklichen Profitgebäude zusammenbrechen, das es selbst errichtet hat. Dann aber wird es für den Mittelstand ganz unerträglich werden. Für die Vereinigten Staaten, für die ganze Welt wird ein neues, gewaltiges Zeitalter andrehen. Statt von den Maschinen zermalmt zu werden, wird das Leben durch sie angenehmer, glücklicher und schöner gestaltet werden. Sie vom untergegangenen Mittelstand und der Arbeiter — es wird dann nur noch Arbeiter geben — Sie und alle Arbeiter werden die Produkte der wunderbaren Maschinen gerecht verteilen. Und wir alle werden neue und noch wunderbarere Maschinen bauen. Und es wird keinen unverbrauchten Ueberschuß geben, weil es keinen Gewinn gibt.“

„Gesetzt aber, in diesem Kampf um die Herrschaft über die Maschine und die Welt würden die Trusts siegen?“ fragte Herr Kowalt.

„Dann“, antwortete Ernst, „werden Sie und die Arbeiter und wir alle von der eisernen Ferse des unbarmherzigsten, furchtbarsten Despotismus, den die Geschichte der Menschheit je gesehen hat, zermalmt werden. Diesen Despotismus würde man treffend mit dem Namen „Die Eisene Ferse“ bezeichnen.“

Eine lange Pause entfiel, in der jeder sich ungewohnten, schweren Gedanken hingab.

„Aber Ihr Sozialismus ist ein Traum“, sagte Herr Calvin und wiederholte: „Ein Traum.“

„Dann will ich Ihnen etwas zeigen, was kein Traum ist“, antwortete Ernst. „Und dieses Etwas will ich Oligarchie nennen.“

Sie nennen es Plutokratie. Wir meinen beide dasselbe: die Großkapitalisten oder die Trusts. Wir wollen sehen, wer heute die Macht hat. Und zu diesem Zweck wollen wir die Gesellschaft in Klassen einteilen.

Es gibt drei große Klassen in der Gesellschaft. Erstens: die Plutokratie, die sich aus reichen Bankiers, Eisenbahnmagnaten, Verbandsdirektoren und Trustmagnaten zusammensetzt. Zweitens: den Mittelstand, Ihre Klasse, die aus Landwirten, Kaufleuten, kleinen Fabrikanten und berufstätigen Leuten besteht. Drittens und letztes: meine Klasse, das Proletariat, das aus Lohnarbeitern zusammengesetzt ist.

Sie können nicht leugnen, daß der Besitz heute eine wesentliche Macht in den Vereinigten Staaten bedeutet. Wie ist der Besitz unter den drei Klassen verteilt? Ich werde Ihnen Zahlen nennen. Die Plutokratie besitzt Werte für 67 Milliarden. Von sämtlichen gewerbetreibenden Menschen in den Vereinigten Staaten gehören nur neun Zehntel Prozent der Plutokratie an, aber 70 Prozent des gesamten Reichtums sind in ihrem Besitz. Der Mittelstand besitzt 24 Milliarden. 29 Prozent der berufstätigen Menschen gehören dem Mittelstand an, und ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt 25 Prozent. Endlich das Proletariat. Das besitzt 40 Milliarden und stellt 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. In seinem Besitz befinden sich 4 Prozent der gesamten Werte. Wer hat die Macht, meine Herren?“

„Nach Ihren eigenen Angaben sind wir vom Mittelstand mächtiger als die Arbeiter“, bemerkte Herr Asmunsen.

„Daß Sie uns schwach nennen, macht Sie im Vergleich zur Macht der Plutokratie nicht stärker“, gab Ernst zurück. „Aber ich bin noch nicht fertig. Es gibt eine größere Macht als Reichtum, größer deshalb, weil sie einem nicht genommen werden kann. Unsere Stärke, die Stärke des Proletariats, liegt in unseren Muskeln, in unseren Händen, die Stimmgabel abgeben, in unseren Fingern, die Gewehre abdrücken können. Diese Stärke kann uns nicht genommen werden. Es ist die Urkraft, die Kraft, die dem

Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe

Beilage zur „Gewerkschaft“
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

4. Jahrgang

Berlin, den 3. Februar 1928

Nummer 2

Betrachtungen zur Explosion in der Landsberger Allee zu Berlin

Von Dr. W. Alexander, Mitglied des Vorstandes der Berliner Städtische Gaswerke A.-G.

Die zahlreichen Gasexplosionen in den letzten Wochen, insbesondere aber die Berliner Explosion in der Landsberger Allee, haben in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigete Unruhe hervorgerufen. Wir haben nun zunächst Herrn Direktor Dr. Alexander gebeten, uns seine Ansichten hierüber für „T. u. W.“ zur Verfügung zu stellen, was auch bereitwilligst geschehen ist.

Die Redaktion.

Als am Morgen des 5. Januar 1928 die Berliner von der traurigen Nachricht über das schreckliche Explosionsunglück in der Landsberger Allee überrascht wurden, drängte sich naturgemäß in allen Zeitungen und bei allen Lesern die Frage nach der Ursache des Unglücks vor. Ebenso schnell wie die Frage gestellt war, glaubte man auch auf verschiedenen Seiten sie beantworten zu können. Da Gas in jedem Berliner Hause liegt, und noch hinzukam, daß Gasarbeiter in der letzten Zeit im Hause tätig waren, war schon wenige Stunden nach dem Unglück eine Mitteilung fertig, daß Gas die Ursache der Explosion war. Die Berliner Gaswerke konnten so schnell dieses Urteil nicht unterschreiben. Richtig ist, daß Gasleitungen in dem Hause Landsberger Allee 115/116 vorhanden sind. Richtig ist weiter, daß die Arbeiter der Gaswerke mit neuen Installationsarbeiten im Hause beschäftigt waren, und wenige Tage vorher eine neue Gaszuleitung von der Straße in das Haus gelegt hatten. Glücklicherweise war aber diese neue Zuleitung von der Explosion unberührt geblieben und lag noch nach der Explosion völlig geschlossen und intakt da. Aber, Gasarbeiter hatten dort gearbeitet, und deshalb sollten sie daran schuld sein, daß eine Gasexplosion viele Menschenleben zerstört und großen Schaden an Geld und Gut angerichtet hat. Ja, es fanden sich auch Zeitungsstimmen, die schon erklärten, warum die Arbeiter nicht diejenige Sorgfalt aufgewendet hätten, die bei Ausführung von Gasarbeiten notwendig ist; nämlich, weil Rationalisierung des Betriebes die Arbeitskraft des einzelnen übermäßig in Anspruch nehme und infolgedessen der einzelne Arbeiter nicht in Ruhe und völliger Aufmerksamkeit seine verantwortungsvolle Arbeit erledigen könne. Andere Stimmen, die ebenfalls den Gasarbeiter als den am Unglück Schuldigen bezeichnen zu müssen glaubten, tadelten die Leitung der Gaswerke, weil sie nicht genügend Aufsicht für die Arbeiter stellten. Inzwischen fand die Leitung der Werke die Zeit und Möglichkeit, durch Vernehmung sämtlicher Angestellten an der Hand der mit dem Fortschreiten der Aufräumarbeiten möglichen Inaugenscheinnahme an Ort und Stelle den Sachverhalt soweit zu klären. Es konnte festgestellt werden:

In das Haus läuft seit langen Jahren eine dreizöllige Gasleitung, welche die Innenleitung des Hauses mit Gas versorgt. Ein Auftrag, im Keller des Hauses Gasheiz- und -kochanlagen einzurichten, veranlaßte die Verlegung einer neuen vierzölligen Zuleitung. Diese Zuleitung war am 2. Januar vorschriftsmäßig verlegt und die Gaszufuhr durch Ueberfüllung des Absperrtopfes abgeschlossen, so daß die Arbeiter der Gaswerke am 3. und 4. Januar mit der Installation der Innenleitung beginnen konnten, ohne daß jedoch bis zu diesem Zeitpunkt die Aufstellung des Gasmessers und die Verbindung der Innenleitung mit der Gaszuführungsleitung erfolgte. Die Arbeiten wurden von einem mehr als zehn Jahre im Dienste der Werke erprobten Rohrleger und einem ebenfalls langjährig erfahrenen Helfer in Zeitlohn ausgeführt, nachdem die Art und Ausführung der Arbeit vom zuständigen Meister an Ort und Stelle angeordnet war.

Die Ermittlungen, die von der Staatsanwaltschaft und ihren Hilfsorganen unter Zuziehung zahlreicher Sachverständiger ein-

gehendst an Ort und Stelle geführt worden sind, haben den von der Werksverwaltung ermittelten Sachverhalt bestätigt. Zwar stehen die Sachverständigen heute auf dem Standpunkt, daß mangels Feststellung einer anderen Explosionsquelle eine Leuchtgasexplosion vorgelegen hat. Festgestellt wurde aber, daß die von den Gaswerken ausgeführten Arbeiten nicht die Ursache der Explosion sind, daß aber die Möglichkeit besteht, daß an der Innenleitung, die im vorliegenden Falle infolge der dort eingebauten umfangreichen Kühlanlage überall gegen den Einfluß der Kälte isoliert war, äußere Verletzungen vielleicht anlässlich der Ausführung von Bauarbeiten vorgekommen sein können, die eine Gasausströmung in dem erforderlichen ganz erheblichen Umfange ermöglichten. Also doch Gas! war das Wort, das allen mit der Erzeugung und dem Absatz von Gas beschäftigten Personen in diesen Tagen aus den Zeitungen und als Folge von allen Mitbürgern entgegengehalten wurde. Also doch Gas! mit dem Unterton, also doch Schuld der Gaswerke!

Mag es richtig sein, daß das Gas tatsächlich die Ursache der schrecklichen Katastrophe war, so ist jedenfalls unrichtig, dies mit der Behauptung zu verbinden, daß ein Verschulden der Gaswerke oder ihrer Organe vorliegt. Weder die Ermittlungen der Verwaltung der Gaswerke noch die Ermittlungen der zuständigen staatlichen Untersuchungsorgane haben bisher auch nur das geringste für ein Verschulden der Gaswerke festzustellen vermocht. Die den Gaswerken aufgetragenen Arbeiten sind ordnungsgemäß ausgeführt. Von der neuerlegten Rohrleitung hat dem Hause und seinen Bewohnern eine Gefahr nicht gedroht. „Es ist nun aber doch Gas gewesen!“ heißt es überall, und „dieser Vorwurf bleibt auf den Gaswerken sitzen“. „Sind es nicht die Arbeiter gewesen, die in dem Unglückshause zuletzt von den Gaswerken ausgeführt sind, so werden es die alten Rohrleitungen sein, die ohne Aufsicht seitens der Gaswerke eine schwere Gefahrenquelle für Leben und Eigentum der Mitbürger darstellen.“ Hierzu ist zunächst zu sagen, daß das Haus, in dem das Unglück geschehen ist, durchaus kein altes Haus ist, sondern, erst im Jahre 1909 erbaut, noch als ein neueres Haus angesehen werden muß. Die Zuleitungen zu dem Hause sind, soweit sie nicht durch die Explosion zerstört wurden, durchaus in ordnungsmäßigem Zustande befunden, und es muß, wenn überhaupt Gas die Quelle des Unglücks gewesen sein soll, durch äußere Gewalt eines der inneren Gasrohre undicht geworden sein. Hiergegen aber schützt selbstverständlich keine Kontrolle. „Wenn nun aber in diesem Hause selbst die Gaszuleitungen ordnungsmäßig im Stande waren, so können sie doch in vielen alten Häusern der Stadt, in denen die Gasrohre seit vielen Jahrzehnten liegen, durch Rost gelitten haben und undicht geworden sein oder werden.“ Das dies geschehen kann, ist unzweifelhaft. Unzweifelhaft ist aber auch, daß durch ordnungsmäßige Behandlung insbesondere der freiliegenden Innenleitungen diese Gefahr beseitigt werden kann. Wie jeder sorgfältige Hauseigentümer sein Haus vor Eindringen von Feuchtigkeit dadurch schützt, daß er dauernd die Dichtigkeit des Daches kontrolliert und den Putz am Hause, insbesondere an der Wetterseite, so oft es nötig ist, erneuert, so ist es auch Pflicht des Hauseigentümers, die Gasleitungen in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten. Liegen Gasleitungen im Keller monatelang im Wasser, so müssen sie rosten, und wird für Trockenlegung der Leitungen nicht gesorgt und der Rost nicht entfernt und neue Rostbildung durch Anstrich vermieden, so besteht die

Gefahr, daß nicht nur diese Leitungen bald völlig unbrauchbar werden und mit erheblicheren Kosten erneuert werden müssen, sondern es geht auch von solchen Leitungen eine große Gefahr für den gesamten Besitz des Hauseigentümers aus. Es ist nun in der Öffentlichkeit vielfach die Forderung erhoben worden, daß die Gaswerke diese Kontrolle ausüben, und so für die Sicherung der Bürger sorgen müßten. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß diese Hausleitungen Eigentum des Hauseigentümers sind, ebenso wie alle anderen Bestandteile des Hauses. Würden die Gaswerke die Verpflichtung übernehmen, diese Hausleitungen unter dauernde Kontrolle zu nehmen, so würden sie damit eine dem einzelnen Hauseigentümer obliegende, ihm kaum belastende, aber durch die riesige Zahl der Häuser für die Gaswerke ins Ungemessene wachsende Belastung auf sich nehmen, die eine ganz erhebliche Verteuerung des Gases herbeiführen müßte. Jeden einzelnen Verbraucher würde also das im heutigen Wirtschaftsleben unbedingt notwendige Gas nur dadurch erheblich verteuert werden, daß die Gaswerke Verpflichtungen übernehmen, die ihnen als solche nicht zustehen. Das kann aber im Interesse der Allgemeinheit nicht als zulässig erachtet werden.

Die Gaswerke sollen bemüht sein und bleiben, die ihnen obliegenden Arbeiten durch sorgfältig ausgebildete Arbeiter ordnungsmäßig ausführen zu lassen. Sie sollen jederzeit zur Verfügung stehen, wenn die Verbraucher von Gas an ihren Anlagen etwas auszusetzen haben. Diese Anlagen aber pfleglich zu be-

handeln und sorgfältig zu beobachten, muß Sache ihres Eigners und Gebrauchers bleiben. Bei solchem Zusammenwirken von Gaserzeuger und Gasabnehmer muß es gelingen, das Gas, das immer die beste und billigste Wärmequelle darstellen wird, ohne Gefahr für alle Beteiligten sich dienstbar zu machen. Daß das Leuchtgas in Verbindung mit Luft hochexplosibel ist, muß so Gemeingut aller Verbraucher sein, wie die Tatsache, daß es rein eingeatmet giftig ist. Wie eine Medizin, vom Arzt verordnet und von sachkundiger Hand hergestellt, heilend wirkt, und vom Laien hergestellt und ohne oder entgegen ärztlicher Anordnung genommen den Tod herbeiführt, so bleibt auch das Gas nützlich und segensreich, wenn die wenigen Vorsichtsmaßnahmen befolgt werden, die jedes Gaswerk seinen Verbrauchern einräumt.

Möge das Unglück in der Landsberger Allee, gleich ob die zuständigen staatlichen Untersuchungsorgane als seine Ursache Leuchtgasexplosion feststellen oder die Explosion auf andere Gründe zurückführen, oder erklären, daß die Explosionsursache nicht festgestellt ist, dazu führen, daß alle diejenigen, die Gas verbrauchen und sich seines stets Zurverfügungseins, seiner bequemen Handhabung und seines großen Wärmereichtums erfreuen, die geringe Zeit und noch weniger Kosten in Anspruch nehmende Sorgfalt auf Wartung ihrer Gasleitungen und Gasverbrauchsapparate aufwenden, die jede Gefahr ausschalten und allen Verbrauchern erst die rechte Freude am Gebrauch dieses besten Wärmespenders schaffen wird.

Einwirkungen von Leitungswasser auf metallische Rohrleitungen

Von Prof. Dr. H. Großmann in Berlin.

Während die meisten Metalle gegenüber chemisch reinem Wasser bei gewöhnlicher Temperatur als praktisch unlöslich gelten können, liegen die Verhältnisse bei den verschiedenen Gebrauchswässern, die ja stets eine Reihe von salzartigen Verbindungen in gelöster Form enthalten und außerdem auch an Gasen neben Sauerstoff und Stickstoff wechselnde Mengen an Kohlensäure aufweisen, in der Praxis ganz anders. Die Löslichkeit vieler Metalle nimmt vor allem bei höherer Temperatur nicht unbeträchtlich zu, und aus diesem Grunde erklären sich auch die vielerlei Mißstände, die allerdings bei Warmwasseranlagen in steigendem Umfange

Phänomene viel wissenschaftliche Arbeit aufgewendet und ist auch bereits im Jahre 1920 im Gesundheitsamt von Massachusetts zu einigen allgemeinen Ergebnissen gelangt, die im folgenden wiedergegeben seien: 1. Weiche Wässer, und zwar besonders kohlenstoffhaltige, wirken auf Metalle stärker ein als harte Wässer. 2. Wasser mit gefärbter Oberfläche üben gewöhnlich bei gleicher Härte eine stärkere Korrosionswirkung aus als farblose Wässer. 3. Grundwasser greifen mehr als Oberflächenwässer an, da sie im allgemeinen mehr Kohlensäure enthalten und außerdem keine schleimigen Ablagerungen an den Rohrwänden bilden. 4. Filtrierte Wässer üben eine stärkere Wirkung als unfiltrierte aus, da sie ebenfalls keine schleimigen Ablagerungen an den Rohrwänden bilden. 5. Wässer, die durch Schnellfilter filtriert werden, wirken stärker ein als Wässer, die langsam durch Sandfilter fließen, weil der bei der Schnellfiltration hinzugesetzte Alaun zu einer Erhöhung der Kohlensäuremenge im Wasser beiträgt. Man kann

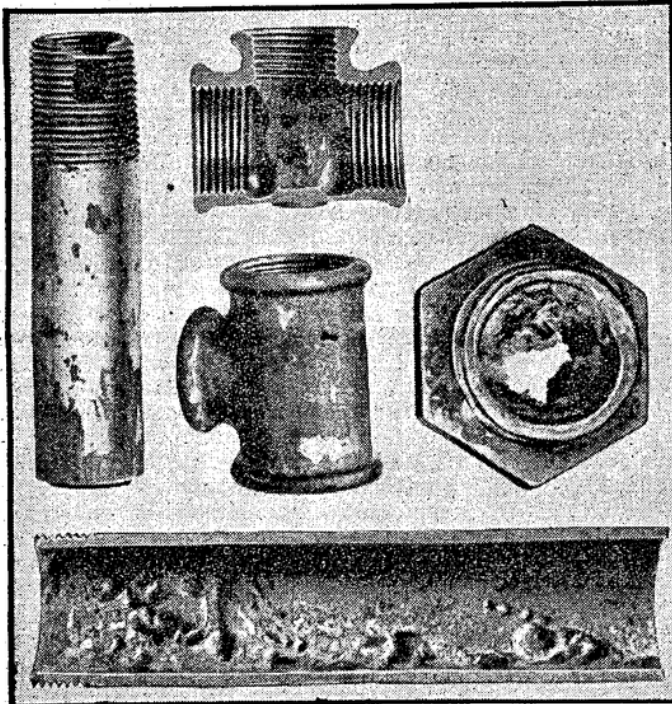


Abb. 1. Korrosionserscheinungen bei einer Warmwasserversorgungsanlage

aufgetreten sind. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage für den Hausbau hat man sich besonders in Amerika und England schon seit Jahren sehr eingehend mit diesem Verhalten des Wassers gegenüber den zur Herstellung von Rohrleitungen benutzten Metallen beschäftigt. Wenn man auch heute noch keineswegs behaupten kann, daß man bereits alle mit diesem Problem in Verbindung stehenden Fragen restlos lösen kann, so hat man doch auf diese als Korrosionserscheinungen bekannten

zwar durch einen Zusatz von Soda oder Kalk hierfür einen Ausgleich schaffen, aber durch Sodazusatz entstehen beträchtlich erhöhte Kosten, während durch Kalk eine Erhöhung der Härte stattfindet. 6. Wässer, welche viel Chloride oder Nitrate enthalten oder auch Seewasser als Verunreinigung wirken besonders stark auf Metalle ein. 7. Heißes Wasser übt eine stärkere Korrosionswirkung aus als kaltes. Ferner sind von großem Einfluß die Konzentration des Wasserstoffions, die Menge der in Karbonaten und Bikarbonaten gebundenen Kohlensäure neben der Menge der vorhandenen freien Kohlensäure, der Gehalt an kiesel-sauren Salzen und die elektrische Leitfähigkeit des Wassers. Von großer Wichtigkeit ist neben der Korrosion aber auch die Erosion, worunter man die rein mechanische Abnutzung der Leitungsrohre durch fließendes Wasser infolge von Reibung zu verstehen hat.

Angesichts dieser verwickelten Verhältnisse begreift man ohne weiteres, daß die Frage, welche Metalle im gegebenen Falle bei der Herstellung von Wasserleitungsrohren technisch und wirtschaftlich an erster Stelle in Betracht kommen sollen,

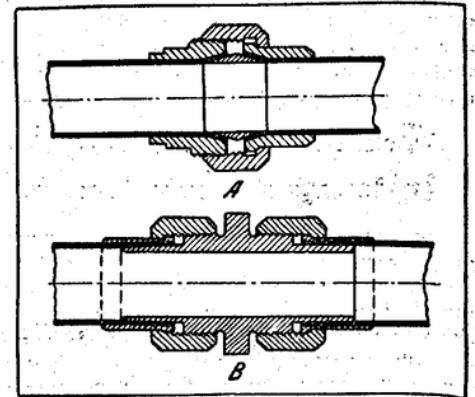


Abb. 2. Gewindelose Verbindungen dünnwandiger Kupferrohre (englische Bauart)

durchaus nicht leicht zu beantworten ist. Lange Zeit hindurch bediente man sich bei der Installation ganz überwiegend eiserner Röhren, obwohl dem Eisen ja bekanntlich die Eigenschaft der Rostbildung anhaftet, die durch die Gegenwart von Sauerstoff und Kohlensäure im Wasser unter Umständen derart begünstigt werden kann, daß sich in den Röhren neben den Abscheidungen

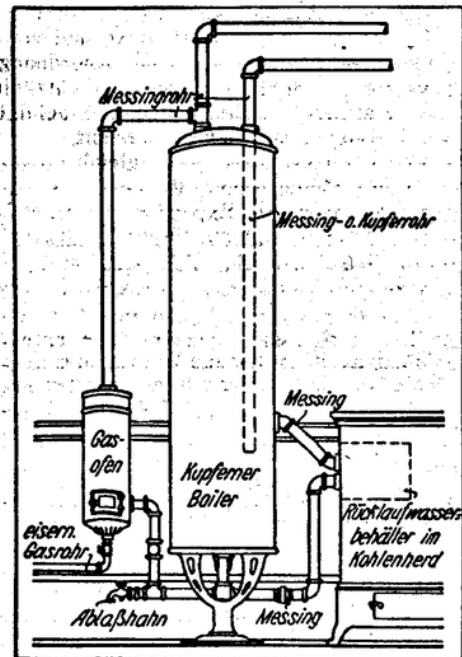


Abb. 3. Schema einer amerikanischen Warmwasserversorgungsanlage

gewisser Anstriche bedient, ohne jedoch eine unbedingte Garantie gegen Verrostung erzielen zu können. Als metallischen Schutz für Eisen hat man Zink verwendet und dadurch zweifellos die Lebensdauer der Eisenrohre in vielen Fällen zu erhöhen vermocht, solange die Schutzschicht gänzlich unverletzt blieb. Findet aber auf chemischem oder mechanischem Wege eine Verletzung der Schutzschicht statt, was in der Praxis vielfach beobachtet worden ist, so kann sogar die Gegenwart des zweiten Metalls noch zu einer

Erhöhung der Angriffsfähigkeit des Wassers beitragen, da nunmehr elektrische Potentialunterschiede und Lösungserscheinungen auftreten können, deren völlige Erforschung noch aussteht. Ähnliches gilt auch für Bleirohre, die ebenfalls als Wasserleitungsrohre verwendet und zu diesem Zwecke meist mit einem Zinnüberzug versehen werden. Manche Leitungswässer lösen aber Blei in besonders starkem Maße auf, wodurch sehr ernste Gesundheitsschädigungen beim Gebrauch von Wasser aus Bleileitungen eintreten können. Es gibt jedoch Wasser mit solchen chemischen Eigenschaften, die mehr oder weniger Blei auflösend wirken und die bei der großen Giftigkeit dieses Metalls nicht oder erst nach geeigneter Vorbehandlung, wie z. B. in Dessau und in Frankfurt a. M., durch Bleirohr geleitet werden dürfen.

Neuerdings hat man nun in England wie in Amerika umfangreiche Versuche mit der Verwendung von Rohrleitungen aus Kupfer und Messing für Gebäudebewässerungs- und -entwässerungsanlagen unternommen und hat nach den guten Erfolgen dieser Versuche in steigendem Umfange sich der Verwendung von Kupfer und hochkupferhaltiger Messingarten zugewendet, die den großen Vorteil der erhöhten Widerstandsfähigkeit gegenüber der Korrosionswirkung des Wassers aufweisen, ohne deshalb erheblich größere Aufwendungen erforderlich zu machen. Um die Kosten für die Wasseranlagen aus Kupfer nicht höher werden zu lassen als bei der Ausführung aus Eisen, bedient man sich in England mit Vorteil dünnwandiger kupferner Rohre, die mit Hilfe von besonders konstruierten Messingarmaturen gewidelos verbunden werden (Abb. 2). In Amerika bevorzugt man besonders Messingrohre, die den Vorteil bieten, mit kleineren Querschnitten und Wandstärken auskommen zu können als bei Eisenrohren (Abb. 3). Es sind auch in Amerika eingehende Berechnungen angestellt worden, auf Grund deren man Tabellen für Kalkwasser- und Warmwasserleitungen aufgestellt hat, aus denen zum Beispiel hervorgeht, daß bei Kaltwasserleitungen ein 1½ zölliges Messingrohr an Stelle eines 2 zölligen Eisenrohrs und bei Warmwasserleitungen ebenfalls ein 1½ zölliges Messingrohr an Stelle eines 2½ zölligen Eisenrohrs Verwendung finden kann.

Nachdem der Preis des Kupfers in der letzten Zeit auf dem Weltmarkt erheblich zurückgegangen ist, dürfte sich bei Neuanlagen auch für Deutschland eine Berücksichtigung der günstigen englischen und amerikanischen Erfahrungen empfehlen, um so mehr, als ja kein Zweifel darüber herrschen kann, daß die kupfer- und messingverarbeitende Industrie durchaus imstande ist, die technischen Grundlagen für eine rationelle Verwertung von Kupfer- und Messingrohren für Wasserleitungszwecke aller Art zu schaffen.

Gebühren für die Benutzung der Staatsstraßen durch Ferngasleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Sachsen

In den „Mittelungen des Sächsischen Gemeindetages“ Nr. 12 lesen wir u. a.:

„Das sächsische Finanzministerium fordert für die Einlegung von Gasleitungen in die Staatsstraßen jährlich 0,50 Mk. je 10 m Leitungslänge. Dieses Bezeichnungsgeld ist alsbald nach Ablauf der Inflationszeit entsprechend dem allgemein viel zu hohen Preisstand der ersten Stabilisierungszeit ungewöhnlich hoch bemessen worden und hätte, nachdem alle Steuern und Gebühren inzwischen ermäßigt worden sind, schon längst auf einen niedrigeren Satz herabgebracht werden müssen, zumal dem Staate durch die Einlegung der Rohre keinerlei Unkosten erwachsen, da Schäden an den Staatsstraßen besonders zu vermeiden sind. Wir (der Sächsische Gemeindetag, D. R.) haben deshalb das Finanzministerium durch eine Eingabe vom 18. Januar 1927 gebeten, eine wesentliche Herabsetzung der Bezeichnungsgelder, die in der Verordnung vom 23. Dezember 1923 aufgeführt sind, eintreten zu lassen.

Das Finanzministerium hat unterm 22. Februar 1927 erwidert, solange die Gemeinden sich ihrer Gasanstalten als Erwerbsquelle bedienen und dementsprechend die Gaspreise berechneten, läge kein Anlaß vor, die jetzigen Bezeichnungsgelder zu ermäßigen, zumal sich diese Maßnahme auch auf die übrigen Zahlungspflichtigen erstrecken würde, wodurch der Staatskasse ein nicht unbedeutender Ausfall jährlich entstehen würde.

Wir haben dem in einer neuen Eingabe entgegengehalten, daß die Ueberlandgasversorgung keinerlei Gewinn abwirft, sondern namentlich in den ersten Jahren nach Anschluß neu zu beruhender Gemeinden vielfach Zuschüsse von den altversorgten Gaswerksgemeinden erfordert. Die Kosten der Zuführungs-

leitungen und der Verteilung an diese in zum Teil weit zerstreuten Gemeinden sind so hoch, daß außerordentlich knapp gerechnet werden muß, wenn der Gaspreis nicht für die Landgemeinden so hoch geschraubt werden soll, daß die Entwicklung des Gasabsatzes von vornherein gehemmt sei. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß z. B. die Provinz Sachsen nach einer Denkschrift des Landeshauptmanns über die Beteiligung des Provinzialverbandes den kommunalen oder gemeinwirtschaftlichen Gasfernunternehmungen vom 28. Februar 1927 laut Provinzialbeschuß folgende nach dem Rohrdurchmesser gestaffelten Benutzungsgebühren erheben will:

für eine Gasleitung mit einem Durchmesser von 50 mm 25 Mk., 60 mm 30 Mk., 80 mm 35 Mk., 100 mm 40 Mk., 150 mm 50 Mk., 200 mm 60 Mk. jährlich je km,

Dieser Satz gilt, was besonders hervorzuheben ist, nur als allgemeine Norm. In besonderen Fällen will die Provinz Ermäßigung oder völligen Erlaß der Gebühren eintreten lassen.

Das Finanzministerium hat auch auf unsere erneuten Vorstellungen unter dem 1. November 1927 eine Ermäßigung des Bezeichnungsgeldes „der Berufungen wegen“ abgelehnt.

Dagegen hat uns das Finanzministerium auf unsere erste Eingabe unterm 22. Februar 1927 bekanntgegeben, die Erhebung von Bezeichnungsgeld sei beschränkt auf die Gasleitungen im Privatbesitz, während die Gasleitungen im öffentlichen Besitz nur insoweit herangezogen würden, als die Gasversorgung über die Flur der Gemeinde, der die Gasanstalt gehört, hinausgeht. Gemeindeverbände für gemeinschaftliche Gasversorgung seien hinsichtlich der in ihrem Bezirke befindlichen Leistungen nur so zu behandeln, als bildeten sie eine Gemeinde.

Da uns jedoch bekanntgeworden war, daß einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbänden von den staatlichen Straßen- und Wasserbauämtern Bezeugungsgeld auch für diejenigen Gasleitungen bisher abgefordert worden ist, die innerhalb der Flur der Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes, der das Gaswerk gehört, liegen, haben wir in einer weiteren Eingabe an das Finanzministerium gebeten, die bisher im Widerspruch mit dem vom Finanzministerium aufgestellten Grundsatz erhobenen Bezeugungsgelder an die beteiligten Gaswerke zurückzuerstatten und die staatlichen Straßen- und Wasserbauämter entsprechend anzuweisen.

Das Finanzministerium hat darauf in der oben erwähnten Verordnung vom 1. November 1927 folgendes erwidert:

„Nach der Verordnung vom 10. November 1919 Nr. 3184 Str. u. Wb. und der Ergänzungsverordnung vom 13. Dezember 1923 Nr. 4923 Str. u. Wb. waren die Straßen- und Wasserbauämter berechtigt, für Rohrleitungen, wozu auch die Gasfernleitungen zu rechnen sind, Bezeugungsgeld in dem von den Bauämtern angegebenen Umfange zu erheben. Der in dem Schreiben vom 22. Februar dieses Jahres Nr. 326 Str. u. Wb. festgelegte Standpunkt des Finanzministeriums hat sich erst im Laufe der Zeit und aus der praktischen Handhabung ergeben und stellt eine Ihnen entgegenkommende Auslegung der Verordnung vom 10. November 1919 dar, der keine rückwirkende Kraft verliehen werden sollte. Die Straßen- und Wasserbauämter sind angewiesen worden, daß von einer Erhebung von Bezeugungsgeld ab 1. April dieses Jahres dort abzusehen ist, wo die Ferngasleitungen von Gemeinde- und Verbandsgaswerken in Fluren von Verbandsgemeinden liegen. Eine Rückzahlung der etwa für das Rechnungsjahr 1927 erhobenen Bezeugungsgelder kann daher erst von diesem Zeitpunkt an erfolgen.“

Wir geben den Mitgliedsgemeinden hiervon Kenntnis, damit sie nötigenfalls bei den zuständigen Straßen- und Wasserbauämtern eine Erstattung des etwa am 1. April d. J. zu Unrecht erhobenen Bezeugungsgeldes fordern.

RUNDSCHAU

Gruppengas gegen Ferngas. Zwischen der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadt Mannheim ist eine Interessengemeinschaft vereinbart worden mit dem Zweck, bei der Belieferung anderer, außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes liegender Bedarfsgemeinden und sonstiger Großabnehmer gemeinsam zu handeln. Zu diesem Zweck ist beschlossen worden, mit einem Aktienkapital von zunächst 50 000 Mark die **Sü d w e s t d e u t s c h e G a s - A k t . - G e s.** in Frankfurt a. M. zu gründen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, Gaslieferungsverträge abzuschließen und die erforderlichen Gasmengen aus den zu der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Werken in Frankfurt a. M. und Mannheim zu beziehen. Gegebenenfalls werden die beiden Werke durch Rohrleitungen miteinander verbunden werden. Der Vertragsabschluß bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts im Sinne der Gruppenversorgung, wie sie teilweise schon vorhanden und im besonderen Maße in weiten Teilen der Vereinigten Staaten sich herausgebildet hat. Diese Initiative der Gemeinden in der Richtung der Gruppengasversorgung ist sehr zu begrüßen. Die Lösung des Problems der deutschen Gaswirtschaft liegt nicht in der Versorgung von einer einzigen Zentralstelle her, sondern in der Versorgung durch technisch höchstentwickelte und leistungsfähige Gruppenwerke und deren Zusammenschluß zur Interessengemeinschaft.

Die niedrigsten und höchsten Tarife für Gas und Elektrizität in Preußen. Wie durch eine Umfrage des preußischen Innenministeriums festgestellt wurde, hat Verden a. d. Aller mit 11 Pf. pro cbm den niedrigsten Preis für Leuchtgas. Den niedrigsten Tarif (Zählertarif) für Kochgas hat neben Verden auch Gelsenkirchen, die ebenfalls 11 Pf. erheben. Für gewerbliches Gas nehmen drei Städte und zwar Ratibor, Gelsenkirchen und Kupferdreh den niedrigsten Preis von 8 Pf. pro cbm. Den niedrigsten Zählertarif für elektrisches Licht besitzt Spottau mit 24 Pf. pro kWh und für elektrische Kraft die Stadt Hörscheid mit 15,8 Pf. pro kWh. Alle diese Städte betreiben ihre Werke in eigener Regie! Den höchsten Preis für Gas hat Eschwege, und zwar erhebt es in allen drei Verbrauchsarten 30 Pf. pro cbm. Elektrisches Licht ist am teuersten in Prenzlau, wo man 65 Pf. für die kWh nimmt, während Demmin und Deutsch-Krone (vergesellschaftet) mit 40 Pf. pro kWh den höchsten Zählertarif für elektrische Kraft haben.

Ausgleich und Augenblickshilfe im Verteilungsnetz großstädtischer Elektrizitätswerke durch Elektrospeicher. Die Art der Einfügung des Speichers in ein großstädtisches Stromverteilungsbild ist von weit größerer Bedeutung, als es bisher zum Ausdruck gekommen ist. Je mehr der Speicher dem äußersten Verteilungspunkt nahegerückt wird, desto wertvoller ist er als Notbeistand, da durch ihn die Folgen der Leitungsstörungen auf die Stromlieferung in hohem Maße vermindert werden. Die Möglichkeit, den Speicher an den Verbrauchsschwerpunkt zu setzen, bringt in der Ersparnis an Leitungen einen zweiten Vorteil, der besonders in der Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Auswirkung kommt. Der Vergleich verschiedener Speicherarten ist daher nur dann einwandfrei, wenn auch die Leitungskosten bzw. die Ersparnisse daran in die Rechnung einbezogen werden. Diese beiden Vorteile erzielt der Elektrospeicher in vollkommenem Maße. Wasserkraftanlagen mit Speichersee sind jederzeit zur Deckung des Spitzenbedarfs imstande; der Dieselmotor zur Deckung des Spitzenbedarfs ist nur eine Erhöhung der Kraftwerksleistung. Beim Problem der Spitzendeckung kommt es aber nicht darauf an, die kW-Zahl zu erhöhen, sondern die vorhandene Leistung wirtschaftlicher auszunutzen. Für diese Aufgabe kommt im Großstadttinnern nur die Akkumulatortablette in Frage. Batterieräume lassen sich in jedem Gebäude unterbringen und auch bei größten Leistungen ohne Bedenken unterirdisch anordnen. An Hand durchgerechneter Beispiele ergibt sich, daß eine im Niederspannungsnetz wirkende Batteriespeicherung der Wasserspeicherung und dem Ruthskessel wirtschaftlich auch dann ebenbürtig ist, wenn ihre Anlagekosten je kW wesentlich höher liegen. Bei Verwendung der Speicherung im Niederspannungsnetz verringern sich auch die Kosten für Sicherstellung der Stromlieferung, da diese Art Speicherung einen Notbeistand höchsten Grades darstellt. In welchem Umfang die geschätzten Vorteile in maßgebenden Kreisen anerkannt werden, beweist die Tatsache, daß in deutschen Großstädten 200 000 kW aus Akkumulatoren für die Winterspitzen verfügbar sind. Bei Störungen können diese im Notensatz sogar den Ausfall von 450 000 kW kurzzeitig decken. In Amerika sucht man Störungen unter allen Umständen vom Verbrauchernetz fernzuhalten. Dort stehen Batterieleistungen zur Verfügung, die das in Deutschland übliche Maß weit übersteigen. Die Störungen treten erfahrungsgemäß meist bei ansteigender Belastungslinie auf; in diesen kritischen Augenblicken sind die Spitzenbatterien aufgeladen, belastet und einreguliert. Die Notlast wird daher von ihnen und der gesamten Schaltanlage leichter übernommen werden können, als wenn sie unbelastet, wie reine Beistandbatterien im Netze liegen.

Gebäudehebung beim Großkraftwerk Klingenberg. Da man im voraus bei der Kohlenmahanlage dort die in den Fundamenten der Mühlen auftretenden Kräfte nicht überblicken konnte, wurden, um sicher zu gehen, die Mühlenfundamente von den Gebäudefundamenten getrennt, ein Grundsatz, der auch heute noch bei Turbinenfundamenten, wenn irgend möglich, beachtet wird. Die Baugrundpressung betrug nur 1,4 kg/cm². Pfahlundierung wurde als zu kostspielig fallen gelassen, da der Baugrund als einwandfreier Sand bis auf 20 m Tiefe ermittelt war. Nach Inbetriebnahme zeigten sich Setzungen an den Mühlenfundamenten, die in ihrer schädlichen Auswirkung auf den Baugrund nur von einer bisher nicht bekannten Art der Erschütterung herrühren konnten. Man entschloß sich, nachträglich Pfähle unter die Fundamente zu bringen. Die Fundamente wurden zu diesem Zwecke durchbohrt und Preßbetonpfähle, System Wolfsholz, eingebracht. Die Setzungen der Mühlenfundamente hörten zwar auf, doch entstand durch das dauernde Zusammenrütteln des gesamten Baugrunds eine Senkung der eisernen Gebäudestützen, die an einzelnen Stellen bis auf 15 cm stieg. Mit Rücksicht auf die maschinellen Einrichtungen, Rohrleitungen usw. entschloß man sich, die Gebäudekonstruktion durch Heben der einzelnen Stützen und Wände auf die ursprüngliche Lage zurückzubringen. Das zu hebende Eigengewicht jeder der großen Mittelstützen betrug bei leeren Bunkern und Apparaten sowie ohne Winddruck etwa 350 t. Unter Einrechnung aller Widerstände war beim Heben eine Kraft von 1300 t je Stütze erforderlich. Gehoben wurde in Abschnitten von 10 bis 30 mm, d. h. die Stützen wurden nacheinander in der gleichen Reihenfolge, in der die dauernd beobachteten Setzungen vor sich gegangen waren, in die ursprüngliche Lage zurückgebracht. Die registrierten Spannungen in der Eisenkonstruktion stiegen dabei vorübergehend maximal um 1200 kg/cm². Zum Heben dienten 54 hydraulische Hebetöpfe von je 100 bis 300 t Tragfähigkeit und außerdem 20 hydraulische Handwinden von je 20 t Tragkraft. Hätte man das Gebäude nicht in Eisen, sondern in Beton hergestellt, so wäre eine derartige Hebung überhaupt nicht möglich gewesen. Die „AEG.“ vertritt die Ansicht, daß derartige Gebäude nur in Eisenkonstruktion errichtet werden sollten.

Engelzungen ihre Schädlichkeit beweisen, ihre Stimme würde nur einen verschwindend kleinen Kreis erreichen. Die Masse der Frauen würde zäh daran festhalten und es nicht wagen, sich der herrschenden Modelaune zu widersetzen. Eine ganze Zeitströmung war nötig, wachsende Frauenerwerbsarbeit, politische Umwälzungen, die die Frau in das öffentliche Leben drängten, Sport-

bewegung, eine geistige Vermännlichung der Frau (Intellektualisierung) die heutige schlichte und ideale Frauenmode zu schaffen. Ja und ideal nicht nur in praktischer Beziehung. Die erfindungsreichen Kleiderkünstler sind unermüdlich am Werk, durch Stoff, Schnitt und Farbe immer neue reizvolle Variationen zu schaffen, damit das moderne Frauenkleid trotz der schlichten Silhouette ästhetisch anziehend wirke. Und das gewiß nicht nur um der schönen Augen der Frauen willen, sondern damit der Fabrikant und Unternehmer auf seine Kosten komme — denn darin hat sich bis jetzt nichts geändert: „daß die Mode das liebste Kind des Kapitalismus ist“.

Ob es wohl möglich ist, daß unsere Frauen sich wieder einmal die selbige Krinoline, Schinkenärmel und eine Frisur à la Tante Gulafia aufoktroyieren lassen und „schön“ finden werden? Man soll zwar in Fragen der launischen Göttin nichts prophezeien, weil sie zu unberechenbar ist und sie die Frauen eng am Gängelbande hat. Aber trotzdem kann ich nicht glauben, daß die Frauen, die einmal die herrliche Freiheit einer ebenso bequemen wie schönen Mode genossen haben, sich je wieder der Tyrannei modischer Zwangsjacken aussetzen werden, die im Zeitalter der Technik und des Frauenstimmrechts eine gelinde Lächerlichkeit wären. Aber eins hoffe ich: daß trotz weiterstreichender Frauenemanzipation die liebe Eitelkeit nicht ausstirbt, und zwar nicht eine negerhafte Eitelkeit, sondern eine kultivierte, die ein gepflegtes, gutgekleidetes Äußeres als einen großen gesellschaftlichen Wert betrachtet. Daß aber nicht nur, wie heute, materiell bevorzugte Frauen und Männer ihr frönen können, sondern jede kleine



Neuzeitliches fest- und Straßenkleid

Eigenmodell „Frauenwelt“

Arbeiterin, die heute mit Neid und Sehnsucht zusehen muß, wie andere schön sind und strahlen, während sie, die Werteschaffende, häßliche, altmodische Kleidungsstücke abtragen muß und weder Zeit noch Mittel zur Pflege ihres äußeren Menschen besitzt. Nein, wir sind nicht Opposition gegen die heutige Mode, deren schöne Natürlichkeit wir bejahen und begrüßen, sondern gegen die Unnatur unserer Gesellschaftsordnung, die die kulturellen Güter so ungerecht und — unmoralisch verteilt.

Margarete Hartig.

Otto, der König

Das Zweckmäßige der Kleidung, wie es Genossin Hartig im vorhergehenden Artikel als ein Erfordernis der vorwärtsschreitenden Erkenntnis auf diesem Gebiete menschlicher Kultur darstellt, ist weit davon entfernt, von der sogenannten „großen Welt“ anerkannt zu werden. Welche Auswüchse die „Mode“ zeitigt, schildert die nachstehende, etwas gefürzte Skizze, welche wir dem „B. T.“ entnehmen und die uns einen Einblick in die „Sorgen und Räte“ jener Klasse gibt, die von jenen, „die nicht alle werden“, leider noch als Vorbild betrachtet werden.

Die Querstraße des Kurfürstendamms ist still. Diese Stille ist Vorbereitung, wenn man zu Fuß geht. Aber man geht nicht zu Fuß. Fuß macht immer einen schlechten Eindruck. Damen haben zu fahren. Der rot livrierte Boy mit Goldborten springt mit dem Regenschirm zum Wagenschlag, öffnet die Tür zum Heiligtum. Wer zu Fuß geht, kann die Schaufenster betrachten. Stoffe, Damast und Brokat, darauf Perlschnüre, Blumen, Parfüms und Bilder. Die Filmschönheiten von oben her nackt, nur der Kopf photographiert, und auf die Frisur hin. Das Heiligum ist gold und grün, leicht kaufmanneskes Rokoko, halb Oskar und halb Parfümhandel. Dazu bequeme Sessel, ein Sofa und ein Pariser Telephone, so ein schickes, wie es sonst nur auf dem Theater gibt, wenn sie englische oder französische Stücke spielen. An der Wand verteilt die Glaschränke mit den Ingrebienzen der Liebe. Straßketten, Perlarmbänder, Parfüm,

Leben verwandt ist, die Kraft, die stärker ist als Reichtum, und die uns der Reichtum nicht nehmen kann

Ihre Kraft aber ist entreißbar. Sie kann Ihnen genommen werden. Gerade jetzt ist die Plutokratie dabei, es zu tun, und sie wird sie Ihnen schließlich ganz nehmen. Und dann haben Sie aufgehört, Mittelstand zu sein. Sie werden zu uns herabsteigen und Proletarier sein. Und das Beste dabei ist, daß Sie dann unsere Kraft vermehren werden. Wir werden Sie als Brüder begrüßen und Schulter an Schulter mit Ihnen für die Sache der Menschheit kämpfen.

Sie sehen, der Arbeiter hat nichts Konkretes, das man ihm nehmen kann. Sein Anteil am Volkvermögen besteht aus Kleidern und Haushaltungsgegenständen; in sehr seltenen Fällen hat er einmal ein eigenes Heim. Sie aber haben konkrete Werte, 24 Milliarden, und die will die Plutokratie Ihnen wegnehmen. Natürlich besteht auch beim Proletariat ein starkes Verlangen, sie Ihnen zu nehmen. Sind Sie sich Ihrer Lage nicht klar, meine Herren? Der Mittelstand ist ein schwaches kleines Lamm zwischen Löwen und Tigern. Einer von beiden verschlingt Sie. Und wenn die Plutokratie Sie auch zuerst verschlingen sollte, nun, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann das Proletariat die Plutokratie verschlingen wird.

Ihr gegenwärtiger Reichtum ist kein zuverlässiger Gradmesser für Ihre Macht. Ihr Reichtum ist in diesem Augenblick nichts als eine leere Schale. Deshalb lautet Ihr schwacher Kriersruf: „Zurück zu den Methoden unserer Väter!“ Sie sind sich Ihrer Machtlosigkeit bewußt. Sie wissen, daß Ihre Stärke eine leere Schale ist, und ich will Ihnen das beweisen.

Welche Macht haben die Landwirte? Mehr als 50 Prozent sind schon angestrichelt der Tatsache, daß sie nur Mäcker oder tief verschuldet sind. Und alle sind Sklaven angesichts der Tatsache, daß die Trusts alle Mittel zum Vermarkten des Getreides, wie Speicher, Eisenbahnen, Elevatoren und Dampferlinien, besitzen oder unter ihrer Kontrolle haben. Und noch mehr, die Trusts kontrol-

lieren den Markt selbst. Die Bauern haben gar keine Macht in diesen Dingen. Ueber ihre politische Macht werde ich später sprechen, und zwar werde ich dabei gleich über die politische Macht des Mittelstandes reden.

Tag für Tag pressen die Trusts die Landwirte aus, wie sie Herrn Calvin und die übrigen Molkereibesitzer ausgepreßt haben. Und Tag für Tag werden die Kartente auf dieselbe Weise ausgepreßt. Erinnern Sie sich, daß der Tabaktrust in New York allein in sechs Monaten über 400 Zigarrengeschäfte aufgesogen hat. Wo sind die einstigen Besitzer der Kohlengruben? Sie wissen heute, ohne daß ich es Ihnen zu sagen brauche, daß der Eisenbahntrust Anthrazitgruben und Asphaltfelder besitzt oder kontrolliert. Besitzt der Standard Oil Trust nicht an zwanzig Ozeanlinien? Und steht nicht auch alles Kupfer unter seiner Kontrolle, abgesehen vom Hüttentrust, einem kleinen Außenseiter? Zehntausend Städte in den Vereinigten Staaten erhalten ihr Licht von Gesellschaften, die im Besitz des Standard Oil Trusts sind oder unter seiner Kontrolle stehen, und in ebenso vielen Städten befinden sich alle elektrischen Verkehrsmittel — Straßenbahnen, Hochbahnen und Untergrundbahnen — in seinen Händen. Die kleinen Kapitalisten, denen diese Tausende von Unternehmungen gehörten, sind dahin. Das wissen Sie. Und ebenso wird es Ihnen ergehen.

Dem kleinen Fabrikanten ergeht es ebenso wie dem Landwirt; beide sind heute zu Daffeln erniedrigt. Im übrigen sind heute alle Angehörigen freier Berufe, alle Künstler, wenn auch nicht dem Namen nach, Leibeigene und die Politiker Knechte. Warum arbeiten Sie, Herr Calvin, Tag und Nacht, um die Bauern mit den übrigen Mitgliedern des Mittelstandes zu einer neuen politischen Macht zu vereinigen? Weil die Angehörigen der alten Partei nichts mit Ihren atavistischen Ideen zu tun haben wollen. Und warum wollen Sie das nicht? Weil Sie, wie ich sagte, Knechte und Daffeln der Plutokratie sind.

Ich nannte die Angehörigen der freien Berufe Leibeigene. Was sind Sie denn anderes? Sie alle, Professoren, Redakteure,

Kopfwasser, Gesichtswasser, wohl auch mal ein Stück Seife (unelegantes, unmodernes Möbel!), Haarwasser, Lippenstifte, dunkelrot für den Tag bis orange für den Abend, Puder: weiß, Rachel I, Rachel II, Ocre. Was Rachel heißt, weiß niemand, aber sie haben sich das in der Praxis so ausgedacht, und da sagen wir nun alle, wenn wir weiß sind, „Bitte, Rachel I“, Braune verlangen „Rachel II“ und im August „Ocre“. Beutel für den Puder, Augenbrauenstifte, blaue Schminke für abendliche Dämonie, Puderboxen, dazwischen ein Ring mit künstlicher Perle und Blumen — aus Chiffon hat man sie jetzt —, Eau de Cologne, Perlohringe, Spangen für den Bubikopf.

Mädchen in weißer Schürze kommen und gehen. „Bitte, den Trockenapparat“, „Zur Kasse!“, „Haarschneiden, Wasserwellen, Frisur, hallo, Fräulein Käte, Frisur, Neu- oder Nachschnitt?“ „Nur Nachschnitt.“ „Maniküre.“ „Fräulein Lola, Maniküre.“ „Ach, gnädige Frau, endlich mal wieder, so schlank ist gnädige Frau geworden?“ „Finden Sie wirklich?“ „Ja, sicher, ganz moderne Linie, gnädige Frau hatten es zwar gar nicht nötig.“

Die Empfangsdame ist sehr streng. Sie hält die Kasse in Zucht. Es ist halb sieben Uhr, Sonnabend. Es sitzen viele Tiere da und warten. Ein Feh, ein Persianer, ein braunes und ein schwarzes Fohlen, ein Biber, ein Bisam, ein Herz. Alle haben rosa Beine und sind jung unter dem rosa Licht des Verschönerers. Die Tür geht auf. Eine Dame im Bärenfell. „Liebtes Fräulein Krinke, ich habe mich verspätet. Das Auto, es ist nicht durchzukommen, jedesmal rotes Licht, Sie wissen, jetzt in der Stadt, Sonnabend abend.“

„Bedauere.“ sagte das strenge Fräulein, „zu spät. Herr Otto ist schon befehlt.“

„Ach, dann werd' ich telephonieren. — Ja, meine Gute, ich bin beim Friseur, ich muß warten, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich so gut noch was besorgen können, wo ich jetzt so viel zu tun habe und gerade, wo die Ausverkäufe sind. Hast du nun das bleu Trikotine genommen? Nein? Ist auch besser. Bleu, ich weiß nicht, lieber rote Töne, glaub' mir. Blau ist ein Irrtum, Kleider kann man gar nicht lange genug überlegen.“

Herr Otto erscheint: „Frau Lore Ley; ich bitte.“

Die Dame im Bärenfell: „Ach liebster Herr Otto, das ist aber böse von Ihnen, daß Sie mich nicht nahmen, ich bin doch schon länger hier, aber ich war wohl nicht nett genug zu Ihnen, Sie Schlimmer.“

Herr Otto (streng): „Frau Lore Ley ist zehn Minuten nach sieben vorgemerkt. Wäre 'nä Frau Punkt dreiviertel sieben hiergewesen. Aber so!“

Im letzten Zimmer sitzt Madame, die Masseuse, Russin, hat in Paris gelernt und ein Kind. Aristokratische Emigrantin. Erst säubert sie das Gesicht, dann wird es mit Fett gestreichelt. Nun kommt die Elektrizität. Inzwischen kocht das Wasser fürs Dampfbad und die Kompressen aus Gurkenstäbchen und Sympathiemitteln werden gekühlt. Jungbrunnen für Runzeln und gebrochenes Herz.

Im Vorzimmer tobt die Revolution.

Das Perserschaf (plötzlich): „Fräulein Krinke, das geht aber nicht länger: es ist halb acht. Wann soll ich denn ins Theater kommen? Das Auto wartet. Seit zwei Stunden sitze ich hier, das ist ja ekelhaft, wie man hier warten muß.“

Der Herz: „Und ich, Fräulein Krinke, und ich, und noch dazu bekomme ich keinen Anschluß. Hallo, hallo. Endlich Süßes, bitte, ich komme zu spät, ich warte hier beim Friseur, nicht böse sein, Bubi, nein?“

„Frau Doktor, zum Schminken. Madame ist fertig.“

„Gott sei Dank, endlich.“

Das braune Fohlen am Telephon: „Ich muß warten, ja, und noch dazu ist Herr Otto nicht frei, der doch himmlisch schneidet, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich doch noch so gut schlafen können, wo es heute noch so spät werden wird. So schade. Nun sitzt man da...“

Der Biber: „Gnädige Frau, Sie können aber nicht so lange telephonieren, ich muß jetzt drankommen.“

Das braune Fohlen: „Ja gleich, einen Augenblick.“ — ins Telephon: „Du hast ganz recht, Revolutionäre sollten nicht geliebt werden. Von Männern, die den Dativ des Gehörens nicht kennen, keinen Sinn, sei es chronisch oder temporär für Eigentum haben, ist abzuraten.“

Der Biber: „Endlich!“ (ins Telephon): „Lotte, ich komme nicht rechtzeitig nach Haus, geben Sie Evi und Helga-Marie nur Bananen zum Abendbrot und dann gleich ins Bett. Küßchen, Evi, Evi ruß' noch mal Lotte. Lotte, es ist noch Tomatenstäbchen da, aber nur jeder ein Kompotteller voll.“

Der Feh: „Bitte, ein süßes Parfum, nein, nicht Houbigant, auch nicht Coly — ja, dies, ja, finden Sie, paßt ganz zu meinem Typ?“

Das braune Fohlen: „Wo bleibt denn die Maniküre? Es ist schon dreiviertel. Und Herr Otto? Er soll bloß noch mal nachsehen, ob die Frisur sitzt.“

Ein Herr mit einem Schäferhund betritt den Raum. Es wird ganz still. Die Situation ist so peinlich, wie in einem Badezimmer, in das ein fremder Mann hereinkommt. Gabriele Tergit.

Geistliche, behalten ihre Stellungen nur, weil sie der Plutokratie dienstbar sind, und ihr Dienst besteht darin, nur Ideen zu verbreiten, die der Plutokratie nicht schaden, oder die sie fördern. Verbreiten sie Ideen, die für die Plutokratie bedrohlich sind, so verlieren sie ihre Stellungen und steigen, wenn sie nicht für schlechte Tage vorgesorgt haben, zum Proletariat hinab, gehen entweder unter oder werden Agitatoren der arbeitenden Klasse. Und vergessen Sie nicht, daß Presse, Kanzel und Universität die öffentliche Meinung machen und das Denken des Volkes bestimmen. Die Künstler wiederum schmickeln fast ausschließlich dem vulgären Geschmack der Plutokratie.

Alles in allem aber ist der Reichtum an sich gar nicht die wirkliche Macht; er ist nur das Mittel dazu, die Macht selbst ist die Regierung. Wer aber beaufsichtigt heute die Regierung? Das Proletariat mit seinen 20 Millionen Arbeitnehmern? Selbst Sie lachen über diesen Gedanken. Der Mittelstand mit seinen 8 Millionen tätigen Mitgliedern? Nein, nicht mehr als das Proletariat. Wer kontrolliert also die Regierung? Die Plutokratie mit ihrer knappen Viertelmillion tätiger Mitglieder. Aber auch diese Viertelmillion kontrolliert die Regierung nicht, wenn sie auch wirksame Beihilfe dazu leistet. Es ist das Hirn der Plutokratie, das die Regierung kontrolliert. Und dieses Hirn besteht aus sieben kleinen, aber mächtigen Gruppen. Und vergessen Sie nicht, daß diese Gruppen heute wirklich gemeinsam arbeiten.

Lassen Sie uns nur eine einzige dieser Eisenbahngruppen herausgreifen und ihre Macht betrachten. Sie beschäftigt 40 000 Rechtsanwälte, um das Volk zu entreden. Sie verschenkt ungezählte Tausende von Fahrkarten an Richter, Bankiers, Redakteure, Minister, Akademiker und Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften und des Kongresses. Sie unterhält in der Hauptstadt eines jeden Staates sowie in der Landeskapitale üppig eingerichtete Lobbys. Und in allen andern größeren und kleineren Städten des Landes beschäftigt sie eine ungeheure Armee von Winkeladvokaten und kleinen Politikern, deren Aufgabe es ist,

Parteitagungen beizuwohnen, Versammlungen einzuberufen, sich zu Geschworenen machen zu lassen, Richter zu bestechen und in jeder Weise die Interessen der Gruppe zu vertreten.

Meine Herren, ich habe nur die Macht einer von den sieben Gruppen flüchtig skizziert, die das Hirn der Plutokratie bilden. Ihre 24 Milliarden Werte verleihen Ihnen nicht für 25 Cents Einfluß auf die Regierung. Ihr Reichtum ist nur eine leere Schale, und auch die wird man Ihnen bald wegnehmen. Die Plutokratie hat heute alle Macht in Händen. Sie gibt die Gesetze, denn sie hat den Senat, den Kongreß, die Gerichte und die gesetzgebenden Körperschaften in ihrer Gewalt. Und nicht allein das. Hinter dem Gesetz muß die Macht stehen, es zur Ausführung zu bringen. Die Plutokratie gibt heute die Gesetze, und zu ihrer Ausführung stehen ihr die Polizei, die Armee, die Flotte und endlich auch noch die Miliz, der Sie, ich und wir alle angehören, zu Gebote.“

Es folgte keine starke Diskussion, und die Gäste gingen bald. Alle waren still und niedergeschlagen, und sie verabschiedeten sich mit leiser Stimme. Das Bild, das sie gesehen hatten, schien ihnen Schrecken eingeflößt zu haben.

„Die Lage ist wirklich ernst“, sagte Herr Calvin zu Ernst. „Ich habe kaum etwas gegen Ihre Schilderung einzuwenden. Nur Ihr Urteil über den Mittelstand unterschreibe ich nicht. Wir werden die Trusts über den Haufen werfen.“

„Und zu den Methoden unserer Dorfahnen zurückkehren“, vollendete Ernst den Satz.

„Jawohl“, antwortete Herr Calvin feierlich. „Ich weiß, daß es eine Art Maschinenstürmerei und daß es absurd ist. Aber dann ist das ganze Leben im Hinblick auf die Mächenschaften der Plutokratie absurd. Jedenfalls aber ist unsere Maschinenstürmerei letzten Endes praktisch möglich, und das ist Ihr Traum nicht. Ihr sozialistischer Traum ist — nun, eben ein Traum.“

„Ich wünschte nur, Sie wüßten ein wenig von Entwicklungslehre und Soziologie“, sagte Ernst nachdenklich, und sie schüttelten sich die Hände. „Dann könnten wir uns viele Mühe sparen.“

Die Versorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter gesichert

Die Verhandlungen über den Satzungsentwurf der Versorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter sind am 27. Januar 1928 zum Abschluß gelangt. Da das Reich bereits im Haushaltsetz 1928 eine bestimmte Summe für diesen Zweck eingestellt hat, werden unsere Kollegen sehr bald in der Lage sein, die Wahlen zu den Körperschaften dieser Kasse zu vollziehen.

Gar oft sind uns Vorwürfe gemacht worden, daß der Abschluß sich außerordentlich lange hinausgezögert hat. Berücksichtigt man aber die anfänglich fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen hatten, ganz abgesehen davon, daß selbst Arbeitnehmerorganisationen anfänglich noch nicht einmal gemeinsam in dieser Frage mit uns gingen, so ist das Zustandekommen dieser Versorgungskasse immerhin ein bedeutsamer Erfolg unserer Organisation. Die Satzungen werden unverzüglich im Druck fertiggestellt und herausgegeben werden können.

Eine der Hauptfragen, die Regelung der Altersgrenze für diejenigen Arbeiter, die zurzeit bereits das 45. Lebensjahr überschritten haben, ist insoweit gelöst, indem diese Arbeiter auf ihren Antrag freiwillige oder Pflichtmitglieder der Anstalt werden.

Falls die erforderliche Prämienreserve an die Anstalt eingezahlt wird, können die geleisteten Dienstjahre voll oder teilweise angerechnet werden. Hierüber werden noch besondere Verhandlungen stattfinden, ebenso für diejenigen Arbeiter, welche bereits aus anderen Bestimmungen her derartige Einrichtungen besitzen.

Bedauerlicherweise können Arbeitnehmer als Pflichtmitglieder dieser Kasse nur angehören, wenn sie mindestens 1872 Stunden im Jahre beschäftigt werden. Alle unsere Bemühungen, die Zahl der Stunden auf 1100 herabzusetzen, sind gescheitert. Es ist nur gelungen, eine Bestimmung hineinzubringen, daß auf Antrag der Reichs- oder Landesbehörde von dieser Bestimmung abgewichen werden kann. Ueber die Beitragshöhe ist jedoch keine genaue Entscheidung gefällt, jedoch ist zugesichert worden, daß über den ursprünglichen Vorschlag unter keinen Umständen hinausgegangen werden soll. Da die Verwaltung zwei Drittel der Beiträge und der Arbeiter ein Drittel zu entrichten hat, beansprucht der Arbeitgeber gewisse Vorrechte in der Besetzung des Vorstandes, Aufsichtsrats, Schiedsgerichts und des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und 6 Beisitzern, von denen der Vorsitzende und 3 Beisitzer vom Reichsminister der Finanzen ernannt, die übrigen 3 Beisitzer vom Aufsichtsrat gewählt werden. In derselben Weise setzen sich auch das Schiedsgericht und der Rechnungsprüfungsausschuss zusammen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern, von denen 5 vom Reichsfinanzminister ernannt und 15 von den Mitgliedern gewählt werden.

Besonders strittig war der § 36, der sorgfältig darüber wacht, daß Invalidenrente und Zusatzrente an der Kasse nicht mehr beträgt, als nach dem Lebensalter in der Pensionsgesetzgebung den Beamten gewährt wird. Wir haben uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestimmung gewehrt.

Nach dieser Bestimmung darf der Gesamtbetrag der reichs- und staatsrechtlichen Renten einschließlich der Zusatzrenten dem rechnungsmäßigen Einkommen nicht übersteigen:

nach dem 35. Lebensjahr 35 Proz.		nach dem 51. Lebensjahr 66 Proz.	
" "	36. "	37. "	52. "
" "	37. "	39. "	53. "
" "	38. "	41. "	54. "
" "	39. "	43. "	55. "
" "	40. "	45. "	56. "
" "	41. "	47. "	57. "
" "	42. "	49. "	58. "
" "	43. "	51. "	59. "
" "	44. "	53. "	60. "
" "	45. "	55. "	61. "
" "	46. "	57. "	62. "
" "	47. "	59. "	63. "
" "	48. "	61. "	64. "
" "	49. "	63. "	65. "
" "	50. "	65. "	" "

Die Angestellten fallen nicht unter diese Kasse, sondern müssen sich freiwillig in der Angestelltenversicherung höher versichern. Die Verhandlungen über zu leistende Beiträge der Verwaltung sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

Wenn auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen restlos befriedigt werden konnten, mußten wir nunmehr dem Entwurf

unsere Zustimmung geben, damit endlich mit der Einführung einer Pensionskasse der Anfang gemacht wird. Der spätere Ausbau der Kasse wird Aufgabe unserer Kollegen selbst sein.

Unsere Kollegen aber rufen wir zu: Vergeht nicht, daß eure Organisation hier einen jahrelangen Kampf geführt hat, der allen Hindernissen zum Trotz erfolgreich beendet ist. Vergeht nie, daß es der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter war, der auf diesem Gebiete überhaupt erst Pionierarbeit geleistet hat und auch hier auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen wiederum erfolgreich gearbeitet hat. Darum, Reichs- und Staatsarbeiter: Treue um Treue! Stärkt die Organisation! Sch.

Arbeitsgerichte

Außerhalb einer nach der Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920 für die Stilllegung vorgesehenen Frist von 1 Monat kann ein Betriebsratsmitglied ohne Zustimmung der Betriebsvertretung weder gekündigt noch versetzt werden. Auch eine Kündigung zwecks Lohnherabsetzung ist zustimmungsbedürftig. Eine Metallwarenfabrik beantragte im März 1926 bei der Demobilisationsbehörde die Genehmigung zur Stilllegung einer ihrer Bauabteilungen, die auch erteilt wurde. Ein langjährig in dieser Abteilung beschäftigter Arbeiter wurde nicht mit entlassen, sondern unter Fortzahlung seines bisherigen Lohnsatzes in einer anderen Abteilung weiterbeschäftigt, und zwar als Heizer. Im Frühjahr 1927 wurde dieser Arbeiter zum Betriebsrat gewählt und als im Mai 1927 die Heizperiode zu Ende ging, wurde ihm plötzlich vom Arbeitgeber eröffnet, daß man ihm jetzt nur noch den minderen Lohn, der in dieser Abteilung gezahlt wird, zahlen könne. Falls er nicht damit einverstanden sei, müsse ihm gekündigt werden. Der Arbeiter klagte nun den zu wenig gezahlten Lohn beim Arbeitsgericht ein mit der Begründung, daß zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes bzw. Versetzung in einen anderen Betrieb gemäß § 96 Abs. 1 BRG die Zustimmung der Betriebsvertretung notwendig sei, die aber nicht eingeholt wurde. Die Firma beantragte Abweisung der Klage und stützte sich darauf, daß sie die Genehmigung zur Entlassung anlässlich der Stilllegung einer Betriebsabteilung erhalten habe und schließlich mit Rücksicht auf die langjährige Tätigkeit des Arbeiters diesen zunächst noch weiterbeschäftigt habe. Die Genehmigung aus dem Jahre 1926 wirke aber noch nach und daher sei sie zur Einholung der Zustimmung der Betriebsvertretung nicht verpflichtet. Das Arbeitsgericht wies die Klage des Arbeiters ab. Das Landesarbeitsgericht hob das Urteil auf und verurteilte die Firma zur Zahlung des zu wenig gezahlten Lohnes mit folgender Begründung:

„Mit dem Arbeitsgericht B. nimmt das Landesarbeitsgericht an, daß die Voraussetzungen des § 95 BRG. nicht gegeben sind, weil durch die Aussagen des auch in zweiter Instanz gehörten Zeugen, Obergeringieur F., als erwiesen anzunehmen ist, daß die Lohnkürzung nicht deshalb erfolgt sei, weil der Kläger Mitglied des Betriebsrates ist. Dagegen irrt das Arbeitsgericht B. darin, daß es die Zustimmung der Betriebsvertretung im vorliegenden Falle nicht für notwendig erachtet hat. (§ 96 Abs. 2 Ziff. 2 BRG.) Absatz 1 von § 96 BRG. bestimmt grundsätzlich, daß zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitgliedes der Betriebsvertretung der Arbeitgeber die Zustimmung der Betriebsvertretung einzuholen hat. Unbestrittenmaßen ist das im vorliegenden Falle nicht geschehen. Es fragt sich nun nur, ob die Zustimmung nicht erforderlich war, weil es sich um eine Entlassung handelt, die durch die Stilllegung des Betriebes bedingt war. (§ 96 Abs. 2 Ziff. 2 BRG.) Daß unter Stilllegung auch eine teilweise Stilllegung zu verstehen ist, nimmt das Landesarbeitsgericht mit dem Arbeitsgericht an. Die Entlassung der 55 Arbeiter, die durch die Entscheidung der Demobilisationsbehörde vom 29. März 1926 genehmigt war, mußte aber innerhalb der in § 1 Abs. 2 der Betriebsstilllegungsverordnung vom 8. November 1920 gegebenen Frist von einem Monat durchgeführt sein. Zu einer Kündigung nach dieser Zeit war die Beklagte gegenüber einem Mitglied des Betriebsrates nicht mehr berechtigt. Hier ist davon auszugehen, daß der Kläger, wenn er auch vielleicht innerhalb der einmonatigen Frist in einen anderen Teil des Betriebes versetzt worden ist, die Kündigung mit Herabsetzung des Lohnes erst im Juni 1927, also lange nach Umlauf der einmonatigen Frist — angedroht bekommen hat. Die Versetzung des Klägers in einen Betrieb, die an sich eine Minderung des Lohnes hätte mit sich bringen können, kann noch nicht als endgültige Verwendung des Arbeiters zu dem herabgesetzten Lohn angesehen werden. Erst als der Lohn im Juni 1927 von 88 Pf. — in der Stunde auf 70 Pf. und später auf 75 Pf. — herabgesetzt wurde, da ist dem Kläger gegenüber von Kündigung gesprochen worden, weil er sich diese Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollte, während er mit der Verwendung in einem anderen Teil des Betriebes einverstanden gewesen ist. Diese Lohnherabsetzung konnte die Beklagte nur im Wege der Kündigung erreichen und zu dieser mußte sie, wie schon hervorgehoben, die Zustimmung der Betriebsvertretung haben, die sie nicht eingeholt hat. (Urteil des Landesarbeitsgerichtes Konstanz vom 6. Dezember 1927 BRG. 1/27.)

Reichs- und Staatsarbeiter

Die Arbeitnehmer im Reichswehrministerium erhalten einen Hauptbetriebsrat. Endlich nach jahrelangen Bemühungen unserer Organisation ist es nunmehr Tatsache geworden: der Hauptbetriebsrat im Reichswehrministerium wird gebildet. Da auf Grund des § 61 des Betriebsrätegesetzes diese Einrichtung nur auf dem Verordnungswege durch die zuständige Reichs- oder Landesregierung nach vorherigen Verhandlungen mit den in Frage kommenden Organisationen erfolgen kann, haben die Verbände bereits am Freitag, dem 20. Januar, in einer Verhandlung zu dem Entwurf dieser Verordnung Stellung genommen. Wenn auch eine volle Verständigung über den Inhalt der Verordnung noch nicht erfolgt ist, so ist bestimmt damit zu rechnen, daß dies im Laufe der weiteren Verhandlungen noch gelingt, so daß noch bis zum 1. April 1928 die Wahlen zu dem Hauptbetriebsrat gemeinsam mit den Wahlen zu den örtlichen Betriebsräten erfolgen können. — Es hat lange gedauert, bis das Reichswehrministerium unseren Anträgen Rechnung getragen hat. Die Tatsache, daß der § 61 eine Kannvorschrift, aber keine Mussvorschrift ist, hat das Ministerium stets veranlaßt, in dieser Frage eine ablehnende Stellung einzunehmen. Eine persönliche Aussprache, die wir gemeinsam mit den übrigen freigewerkschaftlichen Organisationen im November 1926 bei dem früheren Reichswehrminister hatten, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, eine freundlichere Haltung als bisher einzunehmen. Ein erneuter Antrag, den wir gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden eingereicht haben, ist vom früheren Reichswehrminister nach Vortrag der in Frage kommenden Referenten nun endgültig dahin entschieden worden, daß der Hauptbetriebsrat gebildet wird. Nach der zur Beratung stehenden Verordnung sollen die Remonteamter, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die Werft in Wilhelmshaven und das Arsenal in Kiel von diesem Hauptbetriebsrat leider nicht miteingezogen werden. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß für diese Betriebe ganz andere tarifliche Bestimmungen und auch gewisse Sonderverhältnisse bestehen. Der Hauptbetriebsrat soll nach der Vorlage sieben Mitglieder umfassen. Bei der großen Zahl von Arbeitern und Angestellten in den vielen Dienststellen im Reich ist die Zahl von sieben Mitgliedern ganz entschieden zu niedrig bemessen, und wir erwarten, daß das Ministerium in den weiteren Verhandlungen die Zahl zum mindesten auf neun erhöht. — An der Wahl zum Hauptbetriebsrat nehmen alle Arbeitnehmer teil, für die nach den gesetzlichen Bestimmungen Einzelbetriebsvertretungen zu bilden sind. Da es nun leider eine ganze Reihe kleinerer Dienststellen gibt, die den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes entsprechend nicht einmal einen Betriebschmann wählen können, haben wir beantragt, daß örtlich zusammenhängend gemeinsame Betriebsvertretungen gebildet werden. Eine Verständigung hierüber ist noch nicht getroffen worden, jedoch wird alles von uns versucht werden, daß auch den Arbeitnehmern in den kleinen Dienststellen die Teilnahme an den Wahlen zum Hauptbetriebsrat ermöglicht wird. Gleichzeitig wird mit Herausgabe der Verordnung ein Erlaß bekanntgegeben werden, daß überall dort, wo die Amtsdauer der bestehenden Betriebsvertretungen vor dem 1. April 1928 abgelaufen ist, diese bis zur gemeinsamen Wahl mit dem Hauptbetriebsrat im Interesse der Kollegen im Amte verbleiben, unter der Zusicherung der Ausübung ihrer vollen Rechte aus dem BRG. Soweit die Amtsdauer der noch vorhandenen Einzelbetriebsräte über den 1. April hinausgeht, müssen unsere Kollegen vor den Wahlen ihre Mandate niederlegen, damit die Wahlen auf der ganzen Linie einheitlich erfolgen können. Hoffentlich sorgen nun auch unsere Kollegen bei den kommenden Wahlen durch restlose Wahlbeteiligung dafür, daß uns nicht etwa die Früchte unserer Arbeit durch die Wahllausheit wieder verloren gehen. Sch.

Landstraßenwärter

Thüringen. Wir berichteten schon früher einmal in der „Gewerkschaft“, daß der Staatsrat und deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Herzlich und der volksparteiliche Abgeordnete Knittel eine Vereinigung der Staatsstraßenwärter in Thüringen gegründet haben. Diese Straßenwärtervereinigung hat ein „Nachrichtenblatt“ für ihre Mitglieder herausgegeben, in dem sie nicht den geringsten Beweis dafür anzutreten vermag, was sie in den neun Monaten, über welche Zeit das „Nachrichtenblatt“ berichtet, geleistet hat. Darin befindet sich auch der Kassenbericht, und zwar seit dem Bestehen der Straßenwärtervereinigung. Unter „Ausgabe“ wird ein Betrag von 695,40 Mk. angegeben und ein Kassenbestand von 701,78 Mk. aufgezählt. Wir wollen dem gegen-

überstellen, was für die Kollegen Straßenwärter, die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind, ausgegeben worden ist, und zwar allein an Unterstützungen im letzten Quartal, d. h. also vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1927 813,90 Mk. Für das Jahre 1927 wurden im ganzen 2266,30 Mk. ausbezahlt. Demgegenüber ist ein Kassenbestand von 1035,33 Mk. vorhanden. Im „Nachrichtenblatt“ befindet sich auch eine Mitteilung, in der ein Straßenwärter um eine Unterstützung nachsucht, und obwohl man 700 Mk. Kassenbestand hat, soll das Unterstützungsgehalt in der Weise berücksichtigt werden, daß jedes der Mitglieder einen Beitrag von 50 Pf. beisteuert, da die Straßenwärtervereinigung keine Unterstützungskasse hat. Ein anderer Antrag eines Straßenwärters wird abgelehnt mit der Motivierung, daß er sich an anderer Stelle hätte schadlos halten können. Wenn man sonst für in Not geratene Kollegen keine Unterstützung auszahlen will, weil man keine Unterstützungskasse hat, wäre es doch recht erwünscht, einmal zu erfahren, wodurch die 695,40 Mk. Ausgaben entstanden sind. Auch mit der Mitgliederzahl hat man bisher die Offenheit getauscht. Im Kassenbericht werden für Monatsbeiträge 510 Mk. angegeben. Der Monatsbeitrag beträgt pro Mitglied 1 Mk., so daß, wenn die Abrechnung neun Monate gilt, die Straßenwärtervereinigung 57 Mitglieder hätte. An Hand dieser Angaben hat man den besten Beweis, wie hoch der Mitgliederbestand der Straßenwärtervereinigung ist. Das übliche, was das „Nachrichtenblatt“ bringt, ist ein Schriftwechsel des Staatsrats Dr. Herzlich und des Landtagsabgeordneten Marschler mit dem Straßenwärter Trautmann. Vielleicht ist es zweckmäßig, wenn Herr Trautmann auch seine Schreiben an die beiden Herren in der nächsten Nummer veröffentlicht. Es würde sich daraus ergeben, was für die Straßenwärter nutzbringend ist. Sie würden nämlich erkennen, daß die Schreiben des Herrn Trautmann nur Bettelbriefe sind, während demgegenüber die gesamten Straßenwärter doch ein Recht haben, ihre Existenz zu verbessern und Forderungen an den Staat zu stellen. Herr Trautmann glaubt aber, mit Baukrustchen die Interessen der Staatsstraßenwärter in Thüringen vertreten zu können. Den Straßenwärttern werden wir in den Versammlungen aus dem „Nachrichtenblatt“ der Straßenwärtervereinigung einige Blüten zur Verlesung bringen. Wir erwarten, daß dann die gesamten Straßenwärter zu diesen Versammlungen vollzählig erscheinen, damit sie sich selbst davon überzeugen können, was Geistes Kind die Straßenwärtervereinigung ist. Immerhin glauben wir es der Straßenwärtervereinigung recht gern, daß, wenn sie in ihrer Mitgliederbewegung keinen Fortschritt mehr macht, sie dann doppelt auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schimpfen muß. St.

Das nennt man Ruhelohn? Zu dieser Notiz in Nr. 4 der „Gewerkschaft“ wird uns geschrieben: „Es handelt sich nicht um die Ruhelohnbestimmungen des Rhein-Mainischen Bezirksarbeiterverbandes, sondern um ein Mitglied des Hessisch-Nassauischen Wirtschaftsverbandes.“

Aus unserer Bewegung

Biel-feld. In der Generalversammlung am 13. Januar erstattete der Kollege Reuter den Jahresbericht. Soweit Tarifverhandlungen im Laufe des Berichtsjahres geführt werden mußten, hat die Ortsverwaltung versucht, die Wünsche der Mitglieder durchzusetzen. Im Vordergrund stand die Arbeitszeitfrage. Trotz aller Bemühungen des Arbeitgeberverbandes, der unter keinen Umständen von der neunstündigen Arbeitszeit abgehen wollte, ist es gelungen, von der neun- auf die 8 1/2 stündige Arbeitszeit ab 1. Oktober 1927 zu kommen. Die Löhne wurden entsprechend erhöht. Diese Regelung gilt jedoch nur für die Belegschaften, die unter den Reichs- bzw. Bezirkstarifvertrag der Gemeindearbeiter fallen. Dagegen besteht für die kommunalen Straßenbahnen unseres Bezirks nach wie vor die neunstündige Arbeitszeit. Alle Bemühungen, auch für die Verkehrsbetriebe eine befriedigende Lösung zu finden, sind bislang an dem starren Widerstand der kommunalen Stadtvertreter, die im Arbeitgeberverband ihren Sitz haben, gescheitert. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Zur Ruhelohnordnung und für die Theaterarbeiter sind einige Anträge dem Arbeitgeberverband eingereicht. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. — Nach erfolgter Diskussion gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal 1927. Die Hauptkasse bilanzierte mit einer Einnahme von 7046,95 Mk., der eine Ausgabe von 2102,65 Mk. gegenüberstand. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme am 3. Quartal 1927 von 2252,08 Mk., eine Ausgabe von 5154,55 Mk., so daß ein Lokalkassenbestand von 17397,53 Mk. vorhanden ist. — Bei der Neuwahl ergab sich die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung. Die Verwaltung setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Nachtwan, Krause, Fsmiol, Wittler, Lotte und Schwenker. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Nachtwan wiedergewählt. Dann berichtete Kollege Reuter noch über das Winterfest,

das am 11. Februar in beiden Sälen der „Eisenhütte“ stattfinden soll. Später ist noch ein besonderer Kunstabend vorgesehen.

Bodum. In der Generalversammlung am 22. Januar gab den Geschäftsbericht Kollege Jungen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Gerbracht hielt dann einen Vortrag über die Aufgaben der Organisation im kommenden Geschäftsjahr. Eine Resolution im Sinne des Geschäftsberichts und des Vortrags von Gerbracht wurde einstimmig angenommen.

Deßau. In der stark besuchten Generalversammlung am 17. Januar 1928 referierte Gauleiter Wachtendorf, Magdeburg, über „Die gewerkschaftlichen Aufgaben der Gegenwart“. Den Jahresbericht gab Kollege Bertram. Dann folgte der Kassenbericht des Kollegen Windberg sen. und der Bericht vom Ortsauschuß des Kollegen Herrmann. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Bertram, Vorsitzender, Windberg, Kassierer, Herrmann, Schriftführer.

Durlach. In der Generalversammlung am 18. Januar gab Kollege Seiter den Geschäfts- und Kollege Schmälzlin den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen im verfloffenen Geschäftsjahr betragen: 3674,14 Mk., die Ausgaben 2915,25 Mk., so daß ein Lokalkassenbestand von 758,89 Mk. verbleibt. An Unterstützungen im Auftrag der Hauptkasse wurden gezahlt 325,70 Mk. in bar, eingeliefert 1826,80 Mk. Lokale Ausgaben betragen 762,65 Mark. Der Mitgliederstand ist 90. Zahlende Mitglieder im Jahresdurchschnitt 77 oder 86 Proz. Anschließend gab Kollege Bürker Bericht über das abgelaufene Jahr im Gau. Die Neuwahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorj. Herm. Seiter, 2. Vorj. Wilh. Büß, 1. Kassierer Schmälzlin, 1. Schriftführer Dettling.

Frankenthal. In der gutbesuchten Generalversammlung am 22. Januar hielt nach dem Geschäfts- und Kassenbericht Kollege Hund einen Vortrag über „Grufsbildung und Arbeiterschaft“. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Die Filiale zählt zurzeit 108 Mitglieder.

Freiburg i. B. In der gutbesuchten Generalversammlung am 20. Januar erstattete Kollege Geiler den Geschäftsbericht. Die Filiale zählte am Schluß des Jahres 944 Mitglieder; darunter sind 189 Mitglieder des Reichsbundes der Beamten und Angestellten. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die einmütige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Infolge freiwilligen Ausscheidens zweier Mitglieder traten die Kollegen Rank und Fütterer neu in die Ortsverwaltung ein. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab Gauleiter Bürker, Karlsruhe, einen interessanten Überblick über die Kämpfe der Organisation im verfloffenen Jahre.

Geislingen. In der gut besuchten Generalversammlung am 21. Januar 1928 gab nach einem kurzen Bericht des Kollegen Emmerle über das verfloffene Jahr Kollege Barz den Kassenbericht. Trotz der nur 31 Mitglieder zählenden Filiale beträgt der Kassenbestand 244,91 Mk. Gewählt wurden: 1. Vorj. W. Enderle, 2. Vorj. J. Baumeister, Kassierer E. Barz, Schriftführer Th. Jarrand. Dann gab Kollege Schmolli den Bericht der Landeskommmission und ein Referat über das Arbeitszeitnotgesetz.

Geisenheim. In der Generalversammlung am 17. Januar gab Kollege Kremer den Jahresbericht. Hierauf gab Kollege Meckel den Kassenbericht. Die Vorstandswahl ergab die fast einstimmige Wiederwahl des früheren Filialvorstandes. — Gauleiter Funke berichtete dann über die Organisationsverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter und über die schwierigen Lohnverhandlungen für sie. Der Ablauf fast aller größeren Lohnabkommen am 31. März 1928 erfordert jede denkbare und mögliche Stärkung der Organisation, damit die Reichsarbeiter die Stellung in der deutschen Arbeiterbewegung einnehmen, die ihnen auf Grund ihrer Tätigkeit zukommt.

Görlitz. In der Hauptversammlung am 13. Januar wurde nach Entgegennahme des Ortsauschußberichtes die Wahl von drei Kollegen zu der Landeskongress der Kammereitarbeiter in Breslau vorgenommen. Weiter wurde Stellung genommen zu den fortgesetzten Verleumdungen unseres Verbandes durch den früheren Vorsitzenden der Filiale Liegnitz, die den Hauptvorstand zum Ausschluß des betreffenden Kollegen gezwungen hatten. Die Versammlung brachte in einer Entschlieung ihr Einverständnis zu den Maßnahmen des Hauptvorstandes zum Ausdruck. Begrüßt wurde die Mitteilung, daß die Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage wieder aufgenommen werden. Nach der Jahresabrechnung, welche vom Kollegen Broje gegeben wurde, stand einer Einnahme von 23 884,71 Mk. eine Ausgabe von 18 471,46 Mk. gegenüber. Die Mitgliederzahl stieg von 594 auf 636. Kollege Racek ging dann in seinem Jahresbericht noch einmal auf die wichtigsten Anlegenheiten, welche uns im vergangenen Jahre beschäftigten, ein, und konnte feststellen, daß fast alles zu unsern Gunsten entschieden worden ist. Eine vom Vorstand eingebrachte Vorlage über eine Beitragshöhung fand einstimmige Annahme. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

Güsten. In der Generalversammlung am 7. Januar gab Kollege Lehner den Geschäfts- und Kassenbericht. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Hannover. In der von 450 Kollegen besuchten Generalversammlung, am 18. Januar gab Kollege Müller den Jahresbericht. Der von dem Arbeitgeberverband niederländischer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke seit dem Jahre 1921 geführte Kampf um die Beseitigung des für das Ländener Gaswerk abgeschlossenen Manteltarifvertrages fand leider Unterstützung durch den Metallarbeiterverband und den Verband der Maschinisten und Heizer. Sie beantragten gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des zwischen ihnen und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifes; dieses, obwohl beide Organisationen im ganzen Tarifgebiet nicht soviel Gasarbeiter organisiert haben, wie wir im Ländener Gaswerk. Die Verbindlichkeitserklärung dürfte demnachst ausgesprochen werden. Hiermit gehen leider unsere Kollegen aller ihrer Rechte verlustig, die dieselben sind wie im Reichsmanteltarifvertrag. Aus diesem Vorkommnis haben die Arbeiter der G. E. W. Werke die Lehre zu ziehen, daß sie zur Vermeidung derartiger sie selbst schädigender Vorkommnisse sich nicht in alle möglichen Organisationen zerplittern, sondern sich unserem Verbands anschließen. In den Gebieten, wo dieses heute bereits geschehen, gelten auch für die in privaten Betrieben Beschäftigten die Bestimmungen des R.M.C. für Gemeindefabrikanten. Die Mitgliederzahl zeigte im Berichtsjahr eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung allseitig anerkannt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes mit allen gegen zwei Stimmen.

Hindenburg. In der gutbesuchten Generalversammlung am 18. Januar wurde vom Kassierer Kopieß der Kassenbericht erstattet. Die Filiale Hindenburg hat 345 zahlende Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1927 6221,69 Mk., die Ausgabe 5812,05 Mk., somit verblieb ein Kassenbestand in der Filiale von 409,64 Mk. Hierauf erteilte der Vorsitzende Weiß den Jahresbericht. Darauf hielt Kollege Piszek ein Referat über „Die Lohnfrage“. In den Vorstand wurde als 1. Vorsitzender Kollege Weiß wiedergewählt; 2. Vorsitzender: Kurzok; Kassierer: Kopieß; Schriftführer: Ballon.

Jüterbog. In der gut besuchten Generalversammlung gab Kollege Struch den Jahresbericht und Kollege P. Fischer den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand beträgt 385. Der Filialvorstand wurde in seiner gesamten Besetzung einstimmig wiedergewählt.

Koblenz. In der Generalversammlung am 20. Januar erstattete Kollege Dahmen den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Filiale zählt 633 buchmäßige Mitglieder. Die Kassenverhältnisse sind gut. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Jakob Hartung, 2. Vorsitzender: Heinrich Kiesel, Kassierer und Geschäftsführer: Kollege Dahmen, Schriftführer: Münster. Zur Vertretung der Filiale im Ortsauschuß wurden die Kollegen Dahmen, Hartung, Steinebach, Kesting, Assenmacher sowie die Kolleginnen Hoffmann und Göpprich bestimmt. Kollege Dahmen sprach dann über die Organisation im neuen Jahre und Kollege Bause berichtete über die Konferenz der Kammereitarbeiter in Köln.

Kronach. Die Generalversammlung wählte nach einem Referat des Kollegen Kemmer, Nürnberg, über „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“ und nach dem Kassenbericht des Kollegen Leif den Filialvorstand. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Schultzeiß, 2. Vorsitzender Karl Vogler, Kassierer Fritz Leiß, Schriftführer Johann Baner.

Kummersdorf. Die am 22. Januar tagende Generalversammlung nahm den Kassenbericht entgegen. Die Mitgliederzahl ist auf 348 gestiegen. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht erfolgte die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Zur Lohnbewegung kam nach Ausführungen des Vorsitzenden eine längere Debatte zustande. Allgemein wurde bemängelt, daß bei Verhandlungen stets die vergleichbaren Löhne der Privatindustrie herangezogen werden sollen. Hier ist augenblicklich keine Industrie, denn die früheren Berliner Gipswerke haben ihre Pforten geschlossen. Sperenberg und Umgegend sind im allgemeinen ein sehr teures Pflaster. Verschiedentlich haben dies Berliner Kollegen und auch Vertreter des Reichswehrministeriums feststellen müssen. Das diesjährige Stiftungsfest ist auf den 24. März festgesetzt.

Mittweida. In der Generalversammlung am 15. Januar gab Kollege Rösger den Kassenbericht vom vierten Quartal sowie die Jahresabrechnung. Insaesamt wurden an die Hauptkasse abgeführt 1965,61 Mk., der Filialkassenbestand beträgt am Jahreschluß 1457,44 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 464,95 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 196,75 Mk., an Sterbegeld 172,50 Mk. Die Filiale zählte am Jahreschluß 122 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Kollege Ad. Köppl erstattete den Jahresbericht. Erfreulich war, berichten zu können, daß alle in städtischen Betrieben beschäftigte Personen der Organisation angeschlossen sind. Auch ist es nach langen Bemühungen endlich gelungen, in die Reihen der städtischen Beamten Bresche zu schlagen. Die Ortsgruppe des RBA. besteht nunmehr aus 9 Mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Neugersdorf. In der Generalversammlung am 14. Januar 1928 gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Der Bericht des Kassierers vom 4. Quartal weist auf: Einnahme der Hauptkasse 429,18 Mk., Ausgabe der Hauptkasse 219,50 Mk., an die Hauptkasse in bar gesandt 209,68 Mk.; Einnahme der Lokalkasse 826,62 Mk., Ausgabe der Lokalkasse 209,45 Mk., bleibt Filialbestand 617,17 Mk. Der Gesamtabluß des Jahres ist folgender: Einnahme der Hauptkasse 1646,91 Mk., Ausgabe der Hauptkasse 428,60 Mk., an die Hauptkasse in bar gesandt 1218,31 Mk. Einnahme der Lokalkasse 710,04 Mk., Ausgabe der Lokalkasse 601,30 Mk., bleibt 108,74 Mk. Hierzu Kassenbestand vom Jahr 1927 508,43 Mk., bleibt Filialbestand 617,17 Mk. Mitgliederbestand: 66 männliche, 1 weibliche. Gauleiter Preißler gab dann einen Bericht von der Landesversammlung und den Lohnverhandlungen. Aus der Neuwahl gingen hervor: 1. Vorsitzender: Lucke, 2. Vorsitzender: Penzler, Kassierer: Kühnel, Schriftführer: Herr. Herzog. Dem Invaliden Schleunig wurde eine einmalige Beihilfe von 30 Mk. gewährt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928.

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März/April 1928 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des AFA-Bundes in den Monaten Februar/März 1928 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden, sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Maßgebend für die Durchführung der Wahlen sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll S. 419/420) und die Richtlinien des AFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in den Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen. Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen. Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortskartelle von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, bezogen werden. — Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung von Werkvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzuklären und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlsparole für die Betriebsratwahlen 1928 ist:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten! — Gegen Werksgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkräft der Arbeiterklasse!

Berlin, 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Rundschau

Deutschlands Millionäre. Es ist für den Zustand unserer heutigen Gesellschaftsordnung sehr bezeichnend, daß wir heute, vier Jahre nach Beendigung der Inflation, die jede wertbeständige Mark vernichtet hat, mehr Millionäre in Deutschland haben als in der Vorkriegszeit. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß in diesen wenigen Jahren einige tausend Leute Millionen zusammengeharrt haben, während die große Masse darbt und hungert. Man weiß nicht genau, wieviel es sind, denn die Steuereinschätzung ist bekanntlich kein Gradmesser für den Vermögensbesitz des einzelnen. Immerhin konnte man unlängst einer Bekanntgabe des Reichsfinanzministeriums entnehmen, daß es in Deutschland gegenwärtig 3923 Millionäre gibt. Das ist, wenn man sich den Zustand der Wirtschaft und die Not der breiten Massen vor Augen hält, auf jeden Fall eine erstaunliche Zahl. Sicherlich ist aber die wirkliche Zahl der in Deutschland lebenden Millionäre noch weit größer, denn das Reichsfinanzministerium weiß schließlich auch nur von denen zu berichten, die ihr Vermögen selbst in dieser Höhe einschätzen. Wie groß das Vermögen des einzelnen Millionärs ist, erfährt man nicht. Bemerkenswert wird lediglich, daß sich 54 Millionäre darunter befinden, die mehr als 10 Millionen Mk. besitzen. Dabei läßt es sich schon leben. Einen Vermögenswert von mehr als 10 Millionen Mk. zu haben, ist in unserer heutigen Zeit eine Angelegenheit, deren Ursachen nachzuspüren von Interesse ist. Mit der Hände Arbeit läßt sich ein solches Vermögen nicht erwerben. Bei der heutigen miesen Bezahlung der Arbeitskraft müssen zehntausende Arbeiter ein ganzes Jahr hindurch arbeiten, um soviel Geld ausgehändigt zu erhalten. — Was nun die Verteilung auf die einzelnen Städte anbelangt, so läßt sich feststellen, daß Berlin die meisten, nämlich 525 Millionäre, besitzt, die auch der Steuerbehörde gegenüber mit dieser angenehmen Eigenschaft nicht zurückhalten. Nach Berlin folgen Hamburg mit 155, Leipzig mit 98, Frankfurt a. M. mit 88, München mit 79, Köln mit 75, Düsseldorf mit 63, Dresden mit 51, Breslau mit 33, Chemnitz mit 32, Hannover mit 29, Bremen und Essen mit je 28 und Wiesbaden mit 27 Millionären. Von den größeren Städten zählen dann noch Mannheim 21, Nürnberg 22, Duisburg 16, Elberfeld 15, Aachen 13, Halle und Magdeburg je 12, Dortmund und Kassel je 10, Braunschweig und Bochum je 9 Millionäre in ihren Mauern. Städte mit so unterschiedlicher Einwohnerzahl wie Königsberg, Kiel, Lübeck, Münster und Karlsruhe haben je 7 Millionäre. Stettin zählt 5, das viel kleinere Plauen aber 10 Millionäre. In Mainz hat bisher nur ein einziger Mann den Mut besessen, sich gegenüber der Steuerbehörde als Millionär zu bekennen. — In welchen Kreisen diese Leute sitzen, darüber dürfte es wohl nur eine Meinung geben. Es sind die sogenannten „Führer der Wirtschaft“, die Ritter von Stahl und Eisen, die Kohlenbarone und Krautjunker und die Bankgewaltigen. Das Geld, das die Arbeiter verdienen, scheffeln sie ein, und das ist schließlich eine ganz angenehme Beschäftigung. Sie alle haben an dem Zusammenbruch der Wirtschaft profitiert. Ihr Geschäft blüht jetzt noch besser als in der Inflationszeit. Noch nie hat es in der deutschen Wirtschaft ein derartiges Aufschwung gegeben wie gegenwärtig, noch nie aber auch sind mit solchen Posten, die keine Arbeit erfordern, in einem Lande solche Geschäfte gemacht worden. In den großen Aktiengesellschaften findet man diese Herren in den Aufsichtsratskollegien immer wieder beisammen, ganz gleich, ob es bei Krupp, in der AEG, im Farbentrust oder in der Rheinmetall ist. Ein Aufsichtsratsposten bringt eine nette Stange Geld ein, beim Farbentrust erhielt im vergangenen Jahre jedes Aufsichtsratsmitglied 36 000 Mk., dazu tritt noch die Gewinnbeteiligung. Ein einziger solcher Posten genügt, einem Menschen ein sorgenfreies Dasein zu ermöglichen. Doch damit begnügen sich diese Leute nicht. Der persönlich haltende Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank, Jacob Goldschmidt, vereinigt nicht weniger als 95 Aufsichtsratsposten in seiner Hand. Andere Bankarolen bekleiden 60, 70 und 80 Aufsichtsratsposten. Angesichts dieser Tatsachen kann man es verstehen, daß es heute so viele Millionäre in Deutschland gibt. Auf solche Art und Weise läßt es sich schnell reich werden. Wie aber die große Masse lebt, das wissen diese Menschen nicht, und darum wundern sie sich, wenn der große Dulder Arbeiter einmal seinen Magen recht laut knurren läßt und die Verteilung der Lasten und Pflichten, der Rechte und Nutznießung am Volkswohlstand zu gleichen Teilen fordert. Ernst Neumann.

Briefkasten

Ueber die Konferenzen der Kammereiarbeiter wird die „Gewerkschaft“ in der nächsten Nummer zusammenfassend berichten.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter F. Münchener
Derantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 36, Schlesische Str. 42

Eingegangene Schriften und Bücher

G. Mayer, Aus der Welt des Sozialismus. Band 255 der Weltzeit-Bücher. In Ganzleinen gebunden beträgt der Preis 0,65 Mk. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a.

Ein guter Kenner der deutschen Arbeiterbewegung hat in diesem Bändchen einige ebenso gemeinverständliche wie wissenschaftlich tief-schürfende Arbeiten vereinigt. Auf Grund seiner umfassenden, vielfach aus schwer zugänglichen Quellen schöpfenden Forschung zeichnet Mayer Porträts von Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht und bewährt dabei ebenso seine eindringliche Psychologie wie seinen historischen Weitblick.

Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben. Band 258 der Weltzeit-Bücher. In Ganzleinen gebunden beträgt der Preis 65 Pf. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Ausführliche Verzeichnisse stehen Interessenten in jeder Zahl kostenlos zur Verfügung.

Das offene Antwortschreiben ist in der Tat ein wahrhaft historisches Dokument von außerordentlicher Bedeutung. Lassalles schwingvolle und gedankenreiche Beredsamkeit stellte mit diesem „Antwortschreiben“ der deutschen Arbeiterbewegung praktische und geistige Ziele auf, deren Bedeutung auch seine Gegner anerkennen müssen. Die ausführliche Einleitung Dr. F. Gerineds würdigt die Wichtigkeit, die Lassalles Schrift für die moderne Gewerkschaftsbewegung heute gewonnen hat.

Freiheits- und Arbeiterliederbuch, zusammengestellt von August Albrecht, 64 Seiten, Kartoniert 40 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Ein brauchbares Arbeiterliederbuch hat uns ein Praktiker mit über 100 Liedertexten zusammengestellt. Von den heute noch sangbaren und gesungenen älteren bis zu den neuesten Liedern, die in unseren Tagen entstanden, finden wir alle brauchbaren hier beisammen. Die Freiheitslieder der Bauern aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolutionen des Bürgerkriems in 18. und 19. Jahrhundert, die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft der Vorkriegszeit in Europa, wie auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiterschaft anderer Länder, aber auch unsere eigenen — die entstanden nach dem Umsturz — sind betriebslos abgedruckt. Darüber hinaus enthält das Liederbuch noch „Berufs- und Handwerkslieder“ und „Turner- und Burdenschaftslieder“. Diese Textsammlung dürfte damit allen Ansprüchen genügen und bei der Arbeiterschaft und allen freiheitlich Denkenden viele Käufer finden.

Auch allein — wohne fein. Die Wohnung der Junggefeslin von Elisabeth Neff. Mit zwei farbigen und zehn einfarbigen Tafeln, sowie zwanzig Zeichnungen im Text. Preis kart. 1,80 Mk. Fränkische Verlagshandlung, Stuttgart.

Wir haben in Nummer 17 (1927) der „Gewerkschaft“ das Erscheinen der kleinen Schrift „Die Sqnellische der Junggefeslin“ von Elisabeth Neff begrüßt, weil in dem heutigen Berufsleben eine immer stärkere Bemännlichung der Frau zwangsläufig eintritt. Die Frau bringt immer tiefer in die bisher den Männern vorbehaltenen Berufe ein. Sie verbringt berufstätig ihre Lebenszeit ebenso im Kontor, in der Fabrik, in der Krankenstube, im Gerichtssaal usw. wie die Männer. Müde und abgesehen kommt sie von des Tages Last nach Hause und hat infolgedessen ebenso wenig Lust für häusliche Arbeiten und für häusliche Küche wie der Mann. Elisabeth Neff gab deshalb in der genannten Schrift der ledigen Frau gute Ratsschläge, wie sie trotzdem und alledem sich schnell ein frugales Mahl bereiten kann. — In der uns nun heute vorliegenden Schrift „Auch allein — wohne fein“ gibt Elisabeth Neff einen Schritt weiter und gibt der Junggefeslin gute Ratsschläge, wie sie sich ihr bescheidenes Heim nett und gemütlich einrichten kann. Wir können beide Schriften nicht nur der unverheirateten, auf sich selbst gestellten Frau empfehlen, auch die Hausfrau, die noch im alten Stil Mann und Kinder zu Hause betreuen muß, wird darin manche Anregung finden.

Fruchtbarkeit und Vermehrung. Von Prof. Dr. Heinrich Schmidt (Haedel Schmidt), 96 S. mit 38 Abbildungen, in Ganzleinen 2 Mk., broschiert 1,50 Mk. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Erste Buchbeigabe des Jahres 1927/28.

Geburtenrückgang, Geburtenregelung, Nationalisierung des Geschlechtslebens sind Themen, die heute in allen Kulturländern mit größter Sorge diskutiert werden. Zur Erklärung des überall zu beobachtenden Geburtenrückgangs zieht man psychologische und soziale Ursachen herbei, und diese wogen in weiterem Umfang auch wirklich mehr oder weniger in Betracht kommen. Prof. Schmidt, der bekannte Direktor des Ernst-Haedel-Museums in Jena, führt das Thema noch einen Schritt tiefer in die Biologie hinein. In seinem lebendig und klar geschriebenen Buch über „Fruchtbarkeit und Vermehrung“ erbringt er den Nachweis, daß der Geburtenrückgang ein erdgeschichtlicher Vorgang ist, der überall da eintritt, wo eine Höherentwicklung in Frage kommt. Das zeigt sich, wie an zahlreichen, höchst interessanten Beispielen erläutert und illustriert wird, sowohl im Pflanzen- und Tierreich, aber auch beim Menschen, wo die 70 000 Eierstöcker des Weibes, die überzähligen Brustdrüsen (mit die vielbrüstige Göttin der Fruchtbarkeit, die hier eine überraschende Erklärung findet!),

die Sechsfinger, Fünffinger, Vierfinger und Drillinger den Stappentweg dieses Naturprozesses deutlich bezeichnen. Immer wird der Geburtenrückgang kompensiert durch erhöhte Brutfürsorge und Brutpflege, die schon bei niederen Tieren oder höheren in der aller verschiedenartigsten Weise auftritt. Je intensiver die Brutfürsorge und Brutpflege, desto weniger Nachkommen, und umgekehrt. Die Konsequenz für den Menschen, der befreit ist, seinen Weg selbstbewußt zu gehen, liegt auf der Hand.

Lindbergh: Wir zwei im Flugzeug über den Atlantik. 160 S. Text mit 24 Abbildungen. Halbleinen 2,80 Mk., Ganzleinen 3,50 Mk. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.

Lindbergh erzählt lustig und ernst, wie er da oben in den Lüften schwebt, wie ideal die Freundschaft zwischen den Piloten ist, da es für sie keine Entfernungen gibt, und daß dieser letzte Umstand doch für den Umgang zwischen den Menschen recht wichtig sei. In dieser gewinnenden Art erzählt er sein ganzes Leben, was er als „Jahrmarkt“-Flieger gemacht hat — das ist ein Schauspieler, der von Ort zu Ort fährt, um den sportbegeisterten Einwohnern meist für 5 Doll. Gelegenheit zu einem lustigen Spaziergang zu geben — und wie abwechslungsreich und voller Pflichten sich sein Leben als Heeresflieger gestaltete. Hier schildert und wird geschildert ein ganz neuer, sachlicher, unpathetischer Menschentyp, der weiß was er will und stets ein Ziel vor Augen hat. Dann berichtet er über seinen Ozeanflug. „Viel wichtiger als meine Tat ist ja der ideale Aufschwung, den die Bemühungen Zeit und Raum zu überwinden durch sie gewonnen haben.“ Man kann dem selbstverständlich zustimmen, doch dürfte das nichts daran ändern, daß Lindb. trotz allem ein ganzer Kerl ist und bleibt. Er erinnert an eine Stelle aus Fridtjof Nansen's prachtvollem Büchlein „Abenteuerlust“: „... Wir brauchen euch, junge Freunde, deren frische Augen fähig sind, einfache und grundlegende Dinge zu erfassen, euch, die ihr bereit seid, neuen Spuren zu folgen, das Wagnis zu laufen und dem Unbekannten die Sitze zu bieten.“

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Berlin

Am Montag, dem 6. Februar 1928, finden in allen 20 Verwaltungsbereichen

Bezirks-Mitgliederversammlungen

statt.

Tagesordnung ist in allen Versammlungen.

1. Bericht über die Arbeit unseres Verbandes im Geschäftsjahr 1927.
2. Neuwahl der Bezirksleitung.
3. Verschiedenes.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

- Bezirk 1 — Mitte:** Saal des Verbandshauses, Berlin II, Johannisstraße 14/15. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 2 — Tiergarten:** Lokal Tiedemann, Berlin III, Waldenserstraße 19. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 3 — Wedding:** Schulaula, Pankstraße 17. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 4 — Prenzlauer Berg:** Schulaula, Senefeldstr. 6. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 5 — Friedrichshain:** Böckers Festsäle, Weberstr. 17. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 6 — Kreuzberg:** Raabes Festsäle, Fichtestraße 27. Beginn 18 Uhr.
- Bezirk 7 — Charlottenburg:** Germania-Festsäle, Spreestraße 13. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 8 — Spandau:** Restaurant Nordpol, Luthersstr. 3. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 9 — Wilmersdorf:** Restaurant Kukka, Lauenburger Straße 21. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 10 — Zehlendorf:** Lindenpark, Zehlendorf, Berliner Chaussee, Ecke Gartenstraße. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 11 — Schöneberg:** Hohenzollernschule, Martin-Luther-Straße 23/24. Beginn 20 Uhr.
- Bezirk 12 — Steglitz:** Kattuns Festsäle, Lichterfelde, Bäkestraße 7. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 13 — Tempelhof:** Restaurant Maas, Mariendorf, Chausseestraße 27. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 14 — Neukölln:** Passagesäle, Bergstraße 151/152. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 15 — Treptow:** Lokal „Zum kühlen Grunde“ (Otto Kühn), Oberschöneweide, Siemensstr. 1. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 16 — Copenick:** Restaurant 31rbel, Friedrichshagen, Rahnsdorfer Straße 15. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 17 — Lichtenberg:** Cäcilien-Cyzeum, Rathausstraße 8. Beginn 18.30 Uhr.
- Bezirk 18 — Weißensee:** Gesellschaftshaus, großer Saal, Parkstraße 16. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 19 — Pankow:** Paradiesgarten, Schloßstraße 2. Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 20 — Reinickendorf:** Restaurant Fender, Reinickendorf-West, Berliner Straße 73. Beginn 19 Uhr.



Lassen Sie sich nicht verblüffen

durch marktschreierische Reklame, sondern verlangen Sie, wenn Sie eine

Nähmaschine
oder
Sprechmaschine

benötigen, unsern Katalog gratis und franko

Fahrradhaus Frischauf, Offenbach a. M.
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität

Bielefelder Fahrräder

liefern in erstklassiger Qualität zu Fabrikpreisen
E. u. P. Stricker
Fahrradfabrik
Brackwede-G. Bielefeld
Katalog köstlich, Vertreter gesucht / Liefer. an Behörden, Fabrik, FV. Vereine usw.

Nervöse

die an Kopfschmerz, Herzaueregungen, Schlaflosigkeit, Magenübelkeit usw. leiden, erhalt. kostel. Rat von
E. Keßler, Berlin F
NW87, Helmholzstr. 29A

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlaß und eine Kapsel gratis bei Einwendung dieses Inserats und Bestellung einer Uhr zum Preise von 6,50 Mk. oder mehr

Reklamepreis nur 4.- Mk.



echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30 stündiges Werk, genau reguliert, nur 4,00 Mk.
Nr. 53 dieselbe mit Schärfer, nur 4,50 Mk.
Nr. 51 dies. echt ver Silber m. Goldrand u. Schärm, nur 5,00 Mk.
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk, nur 6,50 Mk.
Nr. 58 mit Sprungelock, ganz verpoliert, nur 12,80 Mk.
Nr. 39 Damenuhr, ver Silber, mit Goldrand, nur 7,50 Mk.
Nr. 79 dieselbe, kleines Format, nur 10,00 Mk.
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine, nur 16,00 Mk.
Metall-Uhrkapsel, nur 0,25 Mk.
Panzerkette, vernickelt 0,50 Mk., echt ver Silber nur 1,50 Mk.
echt verpoliert nur 2,00 Mk., Golddoublekette nur 5,00 Mk.
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemchen, nur 8,00 Mk.
Nr. 44 dieselbe, kleinere Form mit besserem Werk, nur 12,00 Mk.
Nr. 22 Wecker, prima Messingwerk, nur 3,50 Mk.

Fahrräder Borussia

das technische Wunder der größten Fahrrad-Fabrik der Welt!
3 Jahre Garantie
8 Tage zur Ansicht
12 Monatsrat Katalog gratis. Vertret. gesucht.
Hans W. Müller, Eberfeld 107
Gesenbergstr. 10

la cyder

Portweinähni, Fruchtwein, feurig süß, 10 Ltr., RM. 8.- franko jeder Bahnstation.
R. Guercke
Glogau-Zarkau
Gegründet 1865

Obstweine

(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brombeer-, Kirsch-, Wermutwein usw.)
Edelobst-Marmeladen u. Gelees, Fruchtsäfte, Alkoholfreie Fruchtmoste, Gemüse-, Pilz- und Früchte-Konserven
empfeht in ganz erstklassiger Ware billigst
Fhrri. v. Friesensche Gartendirektion,
G. m. b. H.,
Rötha bei Leipzig. (F)
500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen.
Versand in Korbbüchsen, Fässern und Flaschen.
Preislisten auf Wunsch portofrei.
Vertreter in allen Orten gesucht

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine guttillende Sorten
Ein kg. graue, geschliss. M. 3, halbweiße M. 4, weiße M. 5, bess. M. 6, 7, 8, 9, 10, beste Sorte M. 12, 14, weiße ungeschliss. M. 7, 9, 10, beste Sorte Mk. 11 - Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn. Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachel, Lobes Nr. 260 b. Pilsen, Böhm.

Nur Ferge-Spielwaren



Ist der Wunsch all der vielen hunderttausend Kinder, die unsere Ware kennen. **Kaufen auch Sie an der Quelle!** Verlangen Sie den soeben erschienenen Katalog über Puppen- und Spielwaren. Tausende von Anerkennungschriften. Als Reklame geben wir zu Vorzugspreisen je 100 Dutzend nachstehender Artikel ab unter Nachnahme: (F)
6346/1/50 **Hübsches Sitzbaby** mit selbsttätiger Mamastimme, Schlafaugen mit Wimper, 50 cm groß, Stück **8,40 Mk.**
6142/2/52 **Unzerbrechl. Laufpuppe** mit selbsttätiger Mamastimme, gute Ausfüh. 52 cm groß, Stück **2,30 Mk.**
6662/1/60 **Vollkugelgel. Laufpuppe** in pa. Ausfüh., Wimperschläufen, la Frisur, 60 cm groß, Stück **9,10 Mk.**
6/3 **Wundervolle Künstlerpuppe**, unzerbrechl. letzte Neuheit mit Mamastimme, 50 cm groß, Stück **11,25 Mk.**

W. Ferge & Co.,
Sonneberg (Thür.)

Theater- u. Reiseglas
wie Abbild. mit Etui **3,25** zum Spottpreis v. M. 3.
Gutgeh. Herren-Tasch. Anker-Uhr. von M. **2,90** an
Armband-Uhren für Herren- und Damen **5,90** von M. **5,10** an
Photo-Kamera, 4 1/2 x 6 cm, nur M. **1,20**
Photo-Platten, -Kassetten, Füllfederhalter, Taschenpottheken usw.
Versand nur unter Nachnahme. Illustrierter Katalog gratis.
Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W30 / Gw.

Musik-SprechApp
Gratis
ausführl. Aufklar. Schritt u. Pracht-Katalog 85
Sie erhalt. aus erster Hand **wirklich solbde**
Zpps. zu 28, 31, 28, 35, 60, 78, 93 bis zu 6. Fünfteln
Kein Federbruch durch Überdrehen (DRPa)
Klar, vollkomm. Naturton. **60 bis 12. Monatsrat.**
Schallplatt. erst. Firmen wöch. ab 15 Pfg.
2. Grabi, Leipzig G. 85
Sprech-App. Fabrik

Geistiges Rüstzeug im Kampfe gegen den Alkoholismus sind unsere Schriften

- Wir empfehlen u. a.
- Adler: Jugend und Alkohol! 5 Pt.
 - Baurichter: Der Freiheitskampf gegen das Alkoholkapital 20 Pt.
 - Drucker: Der Sinn der sozialistischen Abstinenzbewegung 25 Pt.
 - Foret: Der wahre Sozialismus der Zukunft 20 Pt.
 - Holitscher: Alkohol und Krankheit 5 Pt.
 - Jensen: Sozialistische Lebensreform 20 Pt.
 - Jensen: Mehr Geist - weniger Spiritus 5 Pt.
 - Plotzke: Wider den Trunk (Gedichtsammlung) 50 Pt.
 - Sollmann: Sozialismus der Tat 20 Pt.
 - Weinberg: Der Alkohol vor dem Strafrichter 30 Pt.
 - Weisbart: Wunderquell und Rotmächen (2. Märchen) 20 Pt.
 - Winsch: Alkohol, Elektrizität und Nervenstrom 10 Pt.
- Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Berlin SO 16, Engelhofer 29,**
die Organisation der sozialistischen Alkoholgegner.
Reichhaltiges Lager an Flugblättern und sonstigen Werbematerial. Proben unentgeltlich. (F)

Silber-Bestecke
in Alpaka, m: 90 gr. Silberauflage und massiv Silber lief. wir direkt an Private zu Fabrikpreisen
8 Tage zur Ansicht, 6 Monate Ziel
Nur erstklassige Qualität. Verlang. Sie bitte Katalog und Muster unverbindlich von
E. & C. Harikopf, Merscheid-Solingen 33
Stahlwaren-Fabrik und Silberwaren - (F)
Gründungs-Jahr 1835. Langjähr. Lieferant der Post- u. Bahnbehörden

Teilzahlung! Katalog frei!
Photogr. Apparate
Katalog A (F)
Uhren, Goldwaren, Brillanten, Metallwaren
Katalog B
L. Römer,
Altona-Othmarschen 13

Vertreter
gesucht für weibekanntes Markenrad. 15% Prov. Erste Referenzen erforderlich. Event. Musterlager. Angeb. unt. **29 402** an **Krieger-Dank G. m. b. H.,** Annonc-Expedition, Berlin SW 11 (F)

Alpaca- u. Silber-Bestecke
liefern direkt an Private **6 Monate Kredit** (F)
M. Haas & Co., Fabrik feiner Bestecke **Mettmann 31**
Fordern Sie Muster u. Kataloge.

TRINKE KAFFEE NUR VON WESTPHAL
Gerösteter Kaffee, (F)
rein schmeckend, frisch geröstet. Pfd. **RM 2,75**
5 Pd. portofrei zur Probe
Westphal-Mischung, Pfd. RM 0,78
Kaffee-Ersatz-Mischung,
Blechdose mit ca. 8 1/2 Pfd. Inhalt, portofrei **RM 6,60**
Versand portofrei gegen Nachnahme. Bei Nichtgefallen Zurücknahme.
Gustav Westphal, gegr. 1897
Altona 724, Hamburg

Der modernste
Treyophon
Sprechapparat!
Neueste Metallkonföhrung!
direkt ab Fabrik
Schallplatten all. Marken
bequeme Ratenzahlung.
Verlangen Sie sofort Liste F.
SPRECHAPPARATE-BAU-GESELLSCHAFT
FREIER U. CO. BERLIN N4. CHAUSSEESTR. 46 I. EIG.